

Frank Thomas Koch

## **Außenpolitische Kontinuitäten**

### **Parallelen zwischen der DDR und der Berliner Republik?**

Gemeinhin wird nach Kontinuitäten und Diskontinuitäten der Außenpolitik des vereinten Deutschland mit der alten Bundesrepublik gefragt (vgl. Maull 2001). Oder es wird die bekannte Gegenüberstellung von einem „europäischen Deutschland“ und einem „deutschen Europa“ bemüht. Dabei wird zuweilen die Berliner Republik teils als reale, teils als künftige Führungsmacht der Europäischen Union ins Spiel gebracht, deren Rolle vage an frühere, in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts verbreitete Vorstellungen von einem von Deutschland geführten Europa erinnere (vgl. Brzeziński 2015: 60).

Von außenpolitischen Kontinuitäten zwischen der DDR und der Berliner Republik, von verwandten Illusionen und Selbsttäuschungen sowie Lösungsansätzen wie Dilemmata ist so gut wie nie die Rede. Für diese Sachlage lassen sich Gründe anführen. Gute Gründe sind es nicht. Gewöhnlich wird die Außenpolitik des vereinten Deutschlands zu jenen Feldern gerechnet, auf denen der Bruch gegenüber der DDR-Zeit mit am größten war. Der nachfolgende Text stellt diese Annahme in Frage und sucht Kontinuitäten, Ähnlichkeiten, Parallelen im Außenverhalten zu identifizieren, die teils auf vergleichbare Konstellationen oder Herausforderungen, teils auf vergleichbare Praktiken zurückgehen. Um Außenverhalten/Außenpolitik zu analysieren und zu erklären, greife ich auf den „Bedingungsstrukturansatz“ zurück.

Dabei komme ich nicht umhin, weiter auszuholen. Mein Thema tangiert das Außenverhalten der Berliner Republik als Ganzes – seine Historie, Pfadabhängigkeiten und Herausforderungen. Daher werde ich zunächst mit Prämissen und Definitionen beginnen (1) und auch eine Prise Geopolitik mit Bezug auf Brzeziński (2) beimischen, um schließlich (3) die ungeahnten Kontinuitäten und Parallelen zur Außenpolitik der DDR zu reflektieren.

# 1. Prämissen und Rahmungen. Definitorisches

## Außenpolitik oder Außenverhalten?

Unter Außenpolitik sei hier mit Seidelmann „dasjenige Verhalten“ verstanden, „mit dem in der Regel nationalstaatlich organisierte Gesellschaften ihre Interessen gegenüber ihrer Umwelt wahrnehmen und durchzusetzen suchen“. Dies setzt „Staatlichkeit, Fähigkeit und Willen zur Bestimmung dieser Interessen und Bezug zur Umwelt voraus“ (Seidelmann 1994: 42). Im klassischen Sinne galt als Außenpolitik einst die Gesamtheit der Maßnahmen einer gegebenen Regierung gegenüber anderen Regierungen. Heute ist ein erweiterter Begriff des Außenpolitischen im Sinne transnationaler Politik im Umlauf. Damit sind nicht nur alle politischen Handlungsbereiche – von der Auswärtigen Kulturpolitik bis zur Verteidigungspolitik – gemeint, sondern im Blick ist auch die (außen-)politische Relevanz des Außenverhaltens von Nicht-Regierungs-Institutionen und nicht-staatlichen Akteuren wie Touristen, Migranten, Trägern privater Direktinvestitionen, von Informationen, ferner grenzüberschreitende politische Bewegungen, Vereinigungen, das Agieren transnationaler Konzerne (vgl. Seidelmann 1994: 42-49).

Die Außenpolitik eines Landes kann, muss aber nicht in einer *außenpolitischen Kultur* gründen oder kulminieren. Ich sehe Ähnlichkeiten zwischen der DDR und der Berliner Republik eher in Aspekten des Außenverhaltens als in der außenpolitischen Kultur.

## Außenpolitische Kultur

Hanns W. Maull hat – sich an Almond und Verba anlehnd – außenpolitische Kultur definiert als Set von Einstellungen und Wertorientierungen einer staatlich verfassten Gesellschaft zur außenpolitischen Identität dieser Gesellschaft, zu den Anforderungen und Erwartungen der Bürger an die Außenpolitik und zum außenpolitischen Handlungsstil. Gemeint sind über die Zeit relativ stabile Einstellungen und Meinungen, die sowohl für die Außenpolitik eines gegebenen Landes zentrale als auch eher periphere Aspekte umfassen und sich keineswegs zu einem geschlossenen, widerspruchsfreien Ganzen fügen müssen (vgl. Maull 2001).

## Zentrale These

Obschon mit der deutschen Vereinigung die DDR aufhörte zu bestehen, der Osten von einem ideologischen Block und militär-politischen Bündnissystem in den anderen übergang, kaum ein Diplomat der DDR übernommen wurde, wird hier die These vertreten, dass es – anders als auf dem Feld der außenpolitischen Kultur – zwischen dem „Außenverhalten“ der DDR und der Berliner Republik mehr Kontinuitäten und Ähnlichkeiten gibt, als gemeinhin angenommen. Die Parallelen im *Außenverhalten beider sozialer Einheiten* werden im Spannungsfeld von Konstellationen, Praktiken und Herausforderungen identifiziert und mit Hilfe des „Bedingungsstrukturansatzes“ (siehe weiter unten) erklärt. Der Text versteht sich auch als Beitrag zur an Fahrt gewinnenden Debatte über fällige Neujustierungen der Außenpolitik Deutschlands.

## Soziale Perspektive auf das Außenverhalten

Die Abbildung von Kontinuitäten/Ähnlichkeiten des Außenverhaltens beider Einheiten wie die Vorschläge zur Neujustierung deutscher Außenpolitik erfolgen vom Standpunkt *erstiger sozialer Träger der DDR* (vgl. Koch 2015). Damit ist ein in sich politisch, sozial und kulturell differenziertes Ensemble von sozialen Gruppen und Milieus gemeint, das zwischen 1949 und 1990 das sozialistische Projekt in der DDR mehr oder weniger aktiv mitgetragen hat und auch nach 1990 der Idee eines reformierten Sozialismus aufgeschlossen

gegenübersteht. Zu DDR-Zeiten lassen sich etwa 20 bis 30 Prozent der DDR-Bevölkerung als soziale Träger der DDR klassifizieren. Ihnen stand das Ensemble der „Systemgegner“ gegenüber, ebenfalls auf zwischen 20 bis 30 Prozent geschätzt. Zwischen beiden befand sich das „Lager der Indifferenten/Angepassten“, im Schnitt ebenfalls ein Drittel der DDR-Bevölkerung. Freilich befanden sich die Relationen zwischen diesen drei Formationen im Verlaufe der DDR-Geschichte in Bewegung. Und auch wenn wir uns mit den Biographien von Personen beschäftigen, wechselten etliche von ihnen im Laufe ihres Lebens einmal oder mehrmals früher eingenommene soziale und politischen Positionen.

Da aber in der DDR, solange sie bestand, keine Wahlen stattfanden, die – ähnlich wie die im Kaiserreich oder in der Weimarer Republik oder der Alt-Bundesrepublik – Rückschlüsse über die Verbreitung und Akzeptanz politische Positionen und Kräfteverhältnisse zulassen; da es in der DDR weiterhin keine valide Umfrage- und Meinungsforschung gab, sind wir auf Schätzungen und Hilfsgrößen wie „Stellvertreterbefragungen“ angewiesen, wenn es darum geht, den Anteil der „Träger“ des sozialistischen Projekts in der DDR, der „Indifferenten“ und der „Systemgegner“ an der Gesamtbevölkerung zu bestimmen.

Die westdeutsche „DDR-Forschung durch die Besuchertür“ vermittelt eine gewisse quantitative Vorstellung über die Träger der DDR. Hierbei wurden ab 1968 bis zur Wende alljährlich 1200 Westdeutsche über die von ihnen zuvor besuchten DDR-Bürger befragt. Natürlich sind die nachfolgenden quantitativen Angaben problematisch, doch eine schlechte, fragwürdige, problematische Zahl ist allemal besser, als gar keine Vorstellung darüber zu haben, wie soziale Phänomene in der sozialen Landschaft dimensioniert sind. Die westdeutschen Demoskopien operierten bei den auf diese indirekte Weise gewonnenen Aussagen über die DDR-Bevölkerung mit drei Kategorien. Sie unterschieden Anhänger des Systems; Angepasste/Indifferente und Gegner. Demnach waren 1973 26 Prozent der DDR-Bürger *Anhänger*; 55 Prozent *Angepasste* und 20 Prozent *Systemgegner*. 1988 galten noch 23 Prozent als *Anhänger*; 52 Prozent als *Indifferente* und 25 Prozent als *Gegner*. Ähnliche Kategorien verwendete der einstige sowjetische Diplomat Valentin Falin, wobei seiner Einschätzung nach auf jede der Kategorien etwa ein Drittel der DDR-Bürger entfiel (vgl. Lambeck 2015).

In der Endphase der DDR, im Zuge dessen, was je nach Gusto als „friedliche Revolution“, „Wende“ oder „Konterrevolution“ bezeichnet wird, fand eine Um- und Neuorientierung unter „Anhängern“, „Angepassten“ und „Gegnern“ statt. Als Faustformel lässt sich festhalten, dass die einstigen sozialen Träger der DDR in der Regel mit mehr oder weniger Distanz in der PDS bzw. Linken ihre politische Heimat fanden. Für Ausnahmen von der Regel steht exemplarisch z.B. Peter Hacks, der Zeit seines Lebens große Stücke auf die DDR hielt, aber wenig von der PDS (vgl. Hacks 2018). Bei den ostdeutschen Sozialdemokraten fanden sich in unterschiedlichen Proportionen Personen ein, die zu DDR-Zeiten Systemgegner, Angepasste oder auch die DDR als Staat, Gesellschaft und System mitgetragen hatten. Letztere sind freilich in der SPD marginalisiert. Man spricht dort eher von kommunistischer Diktatur und beschwört den Schulterchluss mit der antikommunistischen Opposition in Polen, der Tschechoslowakei (vgl. Nach 30 Jahren 2019).

### **Kulturvorteile aus der Niederlage im Kalten Krieg**

Wenn hier die soziale Perspektive, aus der die Thematik bearbeitet und analysiert werden soll, vergleichsweise breiten Raum einnimmt, so geschieht dies aus mehreren Gründen. Wer meint, dies sei eine einseitige, interessen geleitete Perspektive, liegt nicht ganz falsch. Doch soziale Perspektiven, die von Analysten angegeben und sozial verortet werden, sind wahrhaftiger als solche, die darauf verzichten und zudem noch glauben machen wollen, sie seien ideologie- sowie wertfrei und der reinen Objektivität verpflichtet. So etwas gibt es in den Sozial- und politischen Wissenschaften nicht. Zudem stehen gegebene

wertbasierte und interessen geleitete Analysen und Befunde in unterschiedlichem Maße einer universalisierbaren Perspektive nah oder fern, sind in unterschiedlicher Weise in sie transformierbar.

Leitend ist die Annahme, die Außenpolitik der Berliner Republik wie der EU befindet sich in einer Schieflage, in einer Krise der bisher waltenden Koordinaten und bedarf einer Neuorientierung. Die Rede ist von einer „neuen Weltunordung“, in der „die Großmacht Konkurrenz zurückzukehren scheint“ (Simon 2018). Alternativen zum bisherigen Kurs und Ansatz sind nicht von den Verfechtern, Vordenkern und Wasserträgern des bisherigen Kurses zu erwarten, sondern von Akteuren, die von anderen Maßgaben ausgehen und Impulse von außen einbringen. Zu ihnen gehören einstige soziale Träger der DDR.

Es geht mir also nicht so sehr darum, eine bisher fehlende Stimme in das Konzert der theoretischen und politischen Willensbildung einzubringen oder um einer wie auch immer erhofften historischen Gerechtigkeit zum Durchbruch zu verhelfen. Ich gehe vielmehr davon aus, dass die in die Jahre gekommenen einstigen sozialen Träger der DDR Potenzen, Kulturvorteile für nötige außenpolitische Neuorientierungen der Berliner Republik mit- oder einbringen können.

Für die einstigen sozialen Träger der DDR spricht, dass sie nicht mehr die von 1989 sind. Sie sind durch die Niederlage im Kalten Krieg gegangen und bringen – neben einigen Beschränktheiten – auch die Kulturvorteile von Verlierern in den Diskurs mit ein (vgl. Schievelbusch 2001).

### **Mitgiften und Erblasten der einstigen sozialen Träger der DDR**

Zu ihren Kulturvorteilen gehört die Kompetenz, frühere eigene Positionen gegenüber den Flügelmächten (SU/Russland einerseits und USA andererseits) zu revidieren, wie eine kritische Sicht auf leitende Gewissheiten der in transatlantischer Beflissenheit verharrenden Entscheidungsträger von heute. Für heutige Entscheidungsträger ist es weiterhin nahezu unvorstellbar, die Exportabhängigkeit, die besondere Rolle der Autowirtschaft; den Rohstoffbedarf und die bisher stets verfolgte Wachstumsorientierung Deutschlands auch nur in Frage zu stellen. Für einstige soziale Träger der DDR gilt diese Horizontverengung nicht, auch wenn sie nicht wissen, was an die Stelle der genannten Eckpfeiler der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur der Bundesrepublik treten könnte. Ferner teilen die einstigen sozialen Träger der DDR gängige Illusionen und Selbsttäuschungen über die Beschaffenheit westlicher Bündnisse als „Wertegemeinschaften“ nicht.

Die einstigen sozialen Träger der DDR leiden freilich an drei Handicaps. In der Regel sind sie erstens seit knapp drei Jahrzehnten nur Beobachter von Außenpolitik, mithin allenfalls in peripheren Bereichen des Außenverhaltens der Berliner Republik tätig und gehören nicht zu deren Entscheidungsträgern. Die einstigen sozialen Träger der DDR sind zweitens – mit Blick auf die Generationsfolge in Ostdeutschland – im fortgeschrittenen Alter und quantitativ im Verschwinden. Sie reproduzieren sich als sozio-kulturelle Formation(en) nicht. Schließlich besteht drittens für ihre Erfahrungen und Botschaften aus den zuvor genannten Gründen nur eine recht begrenzte Aufnahmebereitschaft, ein zeitlich schwindender, nicht kalkulierbarer Resonanzboden. Es ist gut möglich, dass ihre Botschaften, Flaschenposten gleich, ihre intendierten Adressaten nie erreichen oder aber bei ihnen später eine ungeahnte Sprengkraft entfalten.

## 2. „Bedingungsstrukturansatz“ mit einer Prise Geopolitik

Es gibt verschiedene theoretische Modelle, Außenpolitik, Außenverhalten von Staaten und Gesellschaften zu erklären. Für eines der wichtigsten halte ich den so genannten Bedingungsstrukturansatz. Er besagt, außenpolitisches Agieren gründe in Strukturen, Konstellationen, Bindungen und Selbstbindungen von Staaten, Gesellschaften, Akteuren, die langfristig Richtung, Inhalte und Handlungsspielräume des jeweiligen Außenverhaltens bestimmen, aber nicht determinieren (vgl. Seidelmann 1993). Wenn hier Wert auf Unterschiede zwischen „Bestimmen“ und „Determinieren“ gelegt wird, so soll damit gesagt werden, dass Vorprägungen politisch bearbeitet und abgeschliffen, ja korrigiert werden können.

Napoleon wird der Gedanke zugeschrieben, dass man aus der geographischen Lage eines Landes seine außenpolitische Agenda erschließen könne. Dies ist freilich eine übertriebene Annahme, doch ganz ohne rationalen Kern ist sie nicht. Wir haben es im Falle der dem großen Korsen zugeschriebenen Position mit einer freilich rudimentären Variante eines Bedingungsstrukturansatzes zu tun, die zugleich für einen für unser Thema wichtigen Gedanken öffnet. Aufeinanderfolgende Staaten, Gesellschaften mögen sich noch so sehr in ihrem Profil, ja ihrer Bevölkerung von einander abheben, sofern ihre „geographische Lage“ gleich bleibt (allgemeiner: Bedingungen und Strukturen ihrer Existenz ähnlich sind), lassen sie Ähnlichkeiten, Parallelen und Kontinuitäten in ihrem Außenverhalten erkennen. Dies gilt selbstverständlich auch für die DDR und die Berliner Republik.

### Drei Arten vorprägender Bedingungen und Konstellationen des Außenverhaltens

Bezogen auf das Außenverhalten einer gegebenen zeitgenössischen Gesellschaft gibt es bewusst gewordene wie verdeckte, verdrängte Vorprägungen, Konstellationen, Strukturen, Bindungen und Selbstbindungen, die die außenpolitische Ziele wie Handlungsspielräume ermöglichen und begrenzen. Darunter solche, die maßgebliche Akteure nicht wahr haben wollen sowie eigentlich zur Disposition stehende, mit denen aber nur schwer gebrochen werden kann.

Mit Blick auf das Set vorprägender Bedingungen und Konstellationen des Außenverhaltens der Berliner Republik können wir grob drei Kategorien relativ voneinander abheben: solche, die sich aus der „Historie“ ergeben, sodann jene, die aus der „Lage“ entspringen und schließlich jene, die aus der „Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur“ resultieren.

#### *Aus der Historie entspringende Komponenten des Außenverhaltens*

Zu den aus der *Historie* entspringenden Komponenten des Außenverhaltens der Berliner Republik gehören beispielsweise der Ost-West-Konflikt, der Antikommunismus, die deutsche Teilung, die Westbindung, die Aussöhnung mit Frankreich, der Kurs auf die europäische Integration. Die Bundesrepublik Deutschland gehörte zu den Siegern des Kalten Krieges. Wenn von historischen Vorprägungen des Außenverhaltens die Rede ist, dürfen die Verankerung des Asylrechts im Grundgesetz (trotz aller Abschwächungen in der Zeit) sowie die Sonderbeziehungen zu Israel (Merkel erklärte dessen Sicherheit zum Bestandteil deutscher Staatsräson) nicht unerwähnt bleiben.

Große Teile des Establishments des westdeutschen Teilstaates und auch der Berliner Republik haben sich die reale und verinnerlichte Abhängigkeit von den USA subjektiv schöngeredet und in eine „unverbrüchliche transatlantische Partnerschaft und Freundschaft“ transformiert. Sie sind von der nun erodierenden, aber

immer noch wirkmächtigen Gewissheit geleitet, bei den USA handle es sich um einem „wohlmeinenden Hegemon“ (vgl. Mausfeld 2018).

Die Berliner Republik zog es bislang vor, sich wie ein Vogel im Schwarm zu verhalten, mithin institutionell eingebettet in die „westlichen Bündnisse“ und nie als „Führungsmacht“, singuläre Größe zu agieren oder gar „deutsche Sonderwege“ zu beschreiten. Leitend war und ist die im Tandem mit Frankreich vorangetriebene Vision vom geeinten Europa. Ich finde die Erklärung, die Brzeziński für dieses Engagement gefunden hat, plausibel und treffend. Er erkannte in Deutschlands Engagement im Tandem mit Frankreich für Europas Einigung auch das Bemühen um „historische Reinigung“, um „Wiederherstellung seiner moralischen und politischen Reputation“, „Erlösung“ (vgl. Brzeziński 2015: 82).

Zu konstatieren ist auch, dass die Berliner Republik gut 70 Jahre nach Kriegsende wie einst die frühe Bundesrepublik und die frühe DDR mit Reparationsforderungen konfrontiert wird. (Dies ist eine der hier interessierenden Kontinuitäten zur DDR).

#### *Vorprägungen durch die Lage*

Weiterhin wird das Außenverhalten der Berliner Republik von ihrer geographischen „Lage“ ein Stück weit vorgeprägt. Im Falle Deutschlands wurde und wird immer auf die geographische Lage in Mitteleuropa abgehoben, die eine gewisse geostrategische Bedeutung habe. Einst wurde aus der „Mittellage“ die deutsche Angst vor einer zu verhindernden Einkreisung oder/und die Option einer deutschen Hegemonie aus der Mitte heraus (vgl. Weidenfeld 1990: 65ff.) abgeleitet. Zudem wurde und wird angenommen, dass jene Lage eine Ost-West-Mittlerfunktion ermögliche, ja Deutschland zu einer solchen Rolle geradezu prädestiniert sei. Diese Bestimmungen sind heute zu präzisieren. In einer globalisierten Welt ist die Fixierung auf Europa nicht falsch, aber zu eng. In den Blick zu nehmen ist mindestens Eurasien, wenn nicht die Welt. Deutschland liegt dann im Westen der eurasischen Landmasse. Die Frage, wo Deutschland liegt und was das bedeutet, lässt sich nicht ohne eine Prise Geopolitik verhandeln.

#### *Exkurs zur Geopolitik mit Brzeziński*

Zwar scheint die derzeitige US-Administration unter Trump auch außenpolitisch auf „America First“, wahlweise auf Abschottung und Dominanz zu setzen, mithin mit Maßgaben und Traditionen zu brechen, die parteiübergreifend Trumps Vorgänger verfolgten. Zudem gibt die Trump-Administration noch nicht einmal vor, eine Vision für die Welt zu haben, die die amerikanische Vorherrschaft für ihre Alliierten erträglicher und für die Gegner überzeugender erscheinen ließe. Dennoch sind in den USA Akteure und Institutionen am Werk, die unabhängig von der jeweiligen Person der wechselnden Präsidenten und ihrer Agenda globale Strategie(n) verfolgen, um die Vormachtstellung der Vereinigten Staaten zu wahren. US-Präsidenten kommen und gehen, die Arbeit an der Hegemonie bleibt eine Konstante der US-Politik. Daher ist es gerechtfertigt, sich auf das außenpolitische Know How und analytische Elemente des einflussreichen amerikanischen Politikwissenschaftlers und Politikberaters Zbigniew Brzeziński (1928-2017) zu beziehen.

Aus der Perspektive Brzezińskis ist Eurasien, mithin der Ort wo auch Deutschland liegt, geopolitisch von besonderer Bedeutung. Nach der Fläche, Bevölkerung und Wirtschaftskraft übertrifft es alle anderen Kontinente. Deshalb stehe und falle die amerikanische Vorherrschaft in der Welt in Eurasien (vgl. Brzeziński 2015).

Zwar werde die hegemoniale Macht der USA nicht auf Dauer aufrecht zu halten sein, doch hält Brzeziński die US-Vorherrschaft offenbar für etwas, das der Welt gut getan habe und gut tue. Die USA hätten ihre

Führungsrolle gebraucht, um weltweite Anarchie und den Aufstieg eines Rivalen zu verhindern. Damit aber sei untrennbar verbunden eine langfristige Zielsetzung, die dem weltweiten Engagement zugrunde liege: „nämlich ein dauerhaftes Rahmenwerk globaler geopolitischer Zusammenarbeit zu schmieden“ (Brzeziński 2015: 260). Wenngleich diese Annahme des US-Strategen mit polnischen Wurzeln über die Rolle der USA ein eindrucksvoller Beleg für das „Selbsteinschätzungs-Verhaltens-Paradox“ (Mausfeld) auf der Ebene von Staaten und Nationen ist, so hat er doch ein analytisches Instrumentarium zu bieten.

Brzeziński unterscheidet geostrategische Akteure und geopolitische Dreh- und Angelpunkte von Staaten und Gesellschaften, die weder das Eine noch das Andere sind. „Geostrategische Akteure sind jene Staaten, die die Kapazität und den nationalen Willen besitzen, über ihre Grenzen hinaus Macht oder Einfluss auszuüben, um den geopolitischen Status quo in einem Amerikas Interessen berührendem Ausmaß zu verändern. Sie sind in geopolitischer Hinsicht potenziell oder/und tendenziell unberechenbar“ (Brzeziński 2015: 58).

Unter den gegenwärtigen globalen Gegebenheiten lassen sich auf der Landkarte Eurasiens, wenn wir diesem Autor folgen, außer den USA fünf geostrategische Hauptakteure erkennen: Frankreich, Deutschland, Russland, China und Indien. Wichtige Länder, aber keine geostrategischen Akteure sind seiner Meinung nach Großbritannien, Japan, Indonesien.

*Im Westen sind Frankreich und Deutschland geostrategische Akteure, die von der Vision eines geeinten Europas geleitet sind.* Brzeziński hält fest, dass sie sich u.a. in der Frage unterscheiden, wie stark und in welcher Form ein solches Europa an die USA gebunden sein sollte. Frankreich hat ein eigenes geostrategisches Konzept für Europa. Für Frankreich, d.h. für seine Eliten, sind die Europäische Union und die deutsch-französische Partnerschaft Instrument, um einstige Größe wiederherzustellen bzw. eine zeitgemäße Form von französischer Größe zu realisieren. Das vereinte Deutschland wird sich in wachsendem Maße seiner Bedeutung als wirtschaftlicher Motor der EU und deren wichtigster Staat bewusst, zieht es aber vor, seine Gestaltungsmacht im Rahmen der deutsch-französischen Partnerschaft sowie der europäischen Integration und der „transatlantischen Partnerschaft“ mit der USA und in Bezug auf die NATO einzubetten, zu entfalten und auch zu kaschieren.

*China ist nicht nur zur Großmacht aufgestiegen, sondern hat mit der „neuen Seidenstraße“ ein Konzept und eine Vision für Eurasien als Ganzes.*

*Russland arbeitet an der Wiederherstellung seiner einstigen Rolle als Großmacht. Zu seinem Repertoire an Visionen gehört(e) die (erweiterte) Eurasische Wirtschaftsunion von Lissabon bis Wladiwostok.* Seitens der Europäischen Union zeigte man bislang daran kein sonderliches Interesse.

Geopolitische Dreh- und Angelpunkte hingegen sind nach Brzeziński Staaten, deren Bedeutung nicht so sehr in ihrer Macht oder Motivation gründet, obschon einige über Macht und Visionen verfügen bzw. sich geben, als hätten sie eine andere beglückende Mission. Sie befinden sich vielmehr in einer prekären geographischen Lage. Daraus resultiert eine ihr Verhalten bestimmende potenzielle Verwundbarkeit.

Geopolitische Dreh- und Angelpunkte sind die Ukraine, Aserbaidshjan, Südkorea, die Türkei und der Iran. (Brzeziński räumt ein, dass die Türkei und der Iran auch geostrategisch aktiv sind.) Die Identifikation der Ukraine als geopolitischer Dreh- und Angelpunkt im Rahmen der Globalstrategie der USA erklärt das ungeheure Engagement der USA, der EU und der NATO in der Ukraine (Sie „ist ein neuer und wichtiger Raum auf dem eurasischen Schachbrett, [...] weil ihre bloße Existenz als unabhängiger Staat zur Umwandlung Russlands beiträgt.“ Ebd.: 65).

Der Autor legt nahe, welchen Postulaten die eurasische Geostrategie der USA folgen sollte. „Bedient man sich einer Terminologie, die an das brutalere Zeitalter der alten Weltreiche gemahnt, so lauten die drei großen Imperative imperialer Geostrategie: Absprachen zwischen den Vasallen verhindern und ihre Abhängigkeit in Fragen der Sicherheit zu bewahren, die tributpflichtigen Staaten fügsam zu halten und zu schützen sowie dafür zu sorgen, dass sich die 'Barbarenvölker' nicht zusammenschließen“ (ebd.: 58).

Aus der globalstrategischen US-Perspektive wäre es ein Super-Gau, wenn sich Koalitionen bildeten, die die USA aus Eurasien „hinauswerfen wollen“. Das gefährlichste Szenario wäre eine große Koalition aus China, Russland und vielleicht dem Iran. Eine noch folgenreichere Herausforderung bestände in einer chinesisch-japanischen Achse. Nicht völlig auszuschließen und von Übel für die USA wäre eine europäische Neuorientierung, die zu einer deutsch-russischen oder französisch-russischen Entente führen würde.

Bemerkenswert ist auch, wie Brzeziński Schritte zu einer Vereinigung Koreas einordnet. Sie würden die Grundlage für eine fortdauernde militärische Präsenz der USA in Südkorea stören (ebd.: 75).

Zur Sicherung ihrer Vorherrschaft haben die USA ein „globales Ordnungssystem“ geschaffen. Eine überaus wichtige Rolle spielt darin die NATO: „Die NATO bietet nicht nur den institutionellen Rahmen für die Ausübung amerikanischen Einflusses auf europäische Angelegenheiten, sondern auch die Grundlage für die politisch entscheidende Militärpräsenz der USA in Westeuropa (ebd., 69). Vor diesem Hintergrund hat die derzeitige Debatte um eine „Europäische Armee“ für Apologeten einer US-amerikanischen Vorherrschaft einen unbotmäßigen, ja subversiven Anstrich.

Brzeziński plädiert nicht nur für eine (Selbst-)Aufspaltung Russlands in mehrere Staaten (ebd.: 246f.), sondern auch für eine Neuordnung und Ausdehnung der NATO (ebd.: 69, 244). Ende des geopolitisch inspirierten Exkurses.

### *Über die Transformation der deutschen Mittlerrolle zwischen Ost und West*

Mit der EU- und NATO-Osterweiterung sowie dem Zerfall der Sowjetunion hat sich der Begriff „Osten“ verändert. Ein Teil des früheren Ostens gehört nun zur EU und zur NATO. Vor allem in Polen und im Baltikum sind derzeit Akteure an der Macht, die ihre „Erbfeindschaft“ mit Russland und historische Ressentiments in die genannten Zusammenschlüsse eingebracht haben. Sie versuchen EU und NATO gegen den „Erbfeind“ in Stellung zu bringen, sekundiert und befeuert von den USA. Dies alles fordert und tangiert wiederum die mögliche deutsche „Mittlerfunktion zwischen Ost und West“.

Philip Manow hat unlängst Spaltungslinien zwischen osteuropäischen Ländern und dem Rest der EU umrissen, für die m.E. das politische Berlin nahezu blind ist. (Noch mehr lässt man den ukrainischen Ultrationalisten durchgehen.) Die Osteuropäer, so Manow, wollen keine Zielländer für Migration sein; sie sind aber für den Rest der EU Entsender von Migranten. Diese Länder haben ein Interesse daran, durch niedrige Löhne und niedrige Steuern fremdes Kapital anzuziehen. Polen, Tschechien, die Slowakei, Ungarn und Rumänien sind als „Zulieferer oder als ausgelagerte Produktionsstätten in den Orbit des deutschen Wirtschaftsmodells gelangt“ und stehen für einen liberalen Außenhandel. Die osteuropäischen Parteiensysteme sind Vorreiter eines neuen Parteientyps, der zwei Komponenten verbindet. Es handle sich um Parteien, die „pro-wohlfahrtstaatlich und soziokulturell allerdings prononciert rechts positioniert“ sind (Manow 2018: 58f.). „Hinzu kommt, dass der politische Katholizismus in Polen und Ungarn keinen der westeuropäischen Entwicklung ähnlichen, selbstkritischen Trennungsprozess von seinen ultrationalistischen, oft antisemitischen und antimodernen Strömungen der Vorkriegszeit vollzogen hat



bzw. vollziehen musste“ (Manow 2018: 59). Der „Antikosmopolitismus“ in Mitteleuropa wurzelt zum Teil in der Abneigung gegen den kommunistischen Internationalismus. Was das Verhältnis zu Russen und zu Russland anbetrifft, gibt es unter den osteuropäischen EU-Ländern indes wesentliche Unterschiede.

Zwar haben Frankreich und auch Deutschland (Bonner wie Berliner Republik) traditionell in den letzten Jahrzehnten und auch aktuell noch einigermaßen erträgliche Beziehungen zu Russland. Die angesprochene deutsche Vermittlerfunktion ist nicht gänzlich dahin, Restbestände sind noch vorhanden. Aber eine mögliche Vermittlerrolle wird dadurch überlagert, dass die Bundesrepublik Deutschland, die Europäische Union (und nicht zu vergessen die USA) mit Russland um Macht und Einfluss im postsowjetischen Raum konkurrieren.

Berlin hat weiterhin aus Rücksicht auf die neuen Mitgliedsländer der EU und der NATO in Mittelosteuropa auf fast jegliche „Sonderbeziehungen“ zu Moskau verzichtet (vgl. Rahr 2018). Ja es wurde der Slogan kreiert und partiell befolgt, der Weg nach Moskau führe über Warschau; in der Folgezeit noch dazu über Kiew.

Im Zuge der EU-Erweiterung, der „Finanz- und Flüchtlingskrise“ sowie des Brexit sind die Fliehkräfte in der EU deutlich gewachsen. Innerhalb der kriselnden EU fallen nun selbst erhebliche und bislang ungelöste Vermittlungsaufgaben an. Gegen die deutsch-französische Vorherrschaft in der EU opponieren seit langem die Visegrád-Staaten. Unter diesen ist Polen das bedeutendste Land. Mit dem Besuch des italienischen Außenministers Anfang 2019 in Polen zeichnet sich ein *Schulterschluss zwischen Neu- und Altmitgliedern der EU mit eher rechten Regierungen* gegen das deutsch-französische Tandem ab. Der „deutsch-französische Motor“ der EU stottert nicht nur aufgrund der Widerstände innerhalb der EU, sondern auch weil Frankreichs Wirtschaftskraft und politische Stabilität rückläufig sind.

Aus der Erörterung von Dimensionen der „Lage“, leiten sich für unseren Zusammenhang folgende zu verhandelnde Felder ab:

- das Entdecken der Ambivalenz der einstigen Vormächte (UdSSR/Russland bzw. USA) sowie entsprechende Absetz- und Emanzipationsbemühungen und Versuche, die Politik gegenüber den USA und Russland neu zu justieren;
- Illusionen und Selbsttäuschungen wie Desillusionierungsschübe über die Beschaffenheit von Bündnissen, über die Einbettung in „Wertegemeinschaften“ und Möglichkeiten einer „wertebasierten“ Außenpolitik. Denn in der Sache wurden einst auch Warschauer Pakt und RGW von den Mitgliedern wie heute NATO und EU als „Wertegemeinschaften“ gefasst;
- Polen als wichtiger und schwieriger Partner der DDR wie der Berliner Republik. Ähnliche Probleme der DDR wie der Berliner Republik mit Transitländern legen ähnliche Lösungen nahe: von der Fährverbindung Mukran-Kleipeda zu North Stream.

#### *In der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur gegründete Pfadabhängigkeiten des Außenverhaltens*

Schließlich wird das Außenverhalten der Berliner Republik durch Komponenten ihrer Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur vorgeprägt. Ähnlich wie die sozialen Träger der DDR vor dem (für sie im Rahmen der DDR unlösbaren) Problem standen, mit Pfadabhängigkeiten zu brechen, sieht sich die Berliner Republik mit Fragen vergleichbarer Art konfrontiert. Nur handelt es sich um Dilemmata eines noch nicht vollzogenen und nicht absehbaren Einstieges in eine Post-Wachstums-Transformation (vgl. Adler, 2018), in den sozial-ökologischen Umbau. Ich verweise hier nur auf folgende, das Außenverhalten Deutschlands bislang massiv beeinflussende, aber aus verschiedenen Gründen zur Disposition stehende, schwer korrigierbare

Komponenten wie die Exportabhängigkeit und Exportorientierung, die besondere Rolle der Autowirtschaft, den Rohstoffbedarf und die bisher stets verfolgte Wachstumsorientierung.

### **3. Ausgewählte Kontinuitätsfelder. Parallelen**

#### **Reparationsforderungen – Erblasten der Geschichte als Herausforderung der Gegenwart**

Die Berliner Republik sieht sich knapp 70 Jahre nach Kriegsende mit Reparationsforderungen konfrontiert. So wie einst die vier Besatzungszonen nach 1945 und ebenso die frühe DDR und die frühe Bundesrepublik.

Als Nazideutschland am 8. Mai 1945 bedingungslos kapitulierte, so Peter Bender, „waren die Deutschen dreifach geschlagen, militärisch, politisch und moralisch. Sie hatten eine Niederlage erlitten, die in der Geschichte ohne Beispiel war. [...] Es war ein Sturz [...] vom Herrenvolk des Kontinents zum Paria Europas“ (Bender 1996: 14).

Für alle Beteiligten war klar, dass für die von Nazideutschland im Zweiten Weltkrieg der Sowjetunion, Polen und anderen Staaten und Gesellschaften zugefügten materiellen Schäden Reparationsforderungen geltend gemacht würden. Näheres regelte das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 im Abschnitt V., unter der Überschrift „Reparationen aus Deutschland“. Die Reparationsansprüche der Sowjetunion und Polens sollten durch Entnahmen aus der sowjetischen Besatzungszone und aus Auslandsguthaben beglichen werden (die der anderen Siegermächte und berechtigten Staaten durch Leistungen der westlichen Besatzungszonen und deutsche Auslandsguthaben). In Hinsicht auf die polnischen Ansprüche kamen die Sieger überein, sie aus dem Anteil der Reparationsansprüche der UdSSR zu befriedigen. Dazu wurden zwischen Polen und der UdSSR Abkommen geschlossen. Als 1949 aus den Besatzungszonen die beiden deutschen Teilstaaten BRD und DDR hervorgingen, wurden diese für die Befriedigung der Reparationsansprüche zuständig.

Welchen Umfang und welche Folgen die verschiedenen Reparationswellen und Demontagen von Industrie- und Verkehrsanlagen für die SBZ und frühe DDR hatten, ist von Gerd Dietrich in seiner *Kulturgeschichte der DDR* (vgl. Dietrich 2018 I: 15ff.) beschrieben worden.

Offenbar waren die Akteure und Institutionen der Besatzungsmächte in unterschiedlichem Maße und aus unterschiedlichen Motiven an Demontagen und Reparationen aus ihren jeweiligen Besatzungszonen interessiert. Manche sahen darin nur ein wirksames Mittel, um zu verhindern, dass die Deutschen je wieder auf die Beine kämen und erneut andere Länder mit Krieg überziehen könnten. Seitens der UdSSR bestanden dagegen eigentlich sehr starke und nachhaltige Interessen und die Absicht, die in der SBZ und DDR demontierten Industrie- und Verkehrsanlagen in die eigene Wirtschaft zu integrieren. Demontierte Anlagen gelangten bis nach Workuta in den Gulag. Doch vielfach scheiterte die Intention, demontierte Anlagen für die eigene Wirtschaft zu nutzen, am Unvermögen der sowjetischen Akteure. Die in der SBZ und DDR demontierten Anlagen, Krane, Werkbänke verrotteten dann ungenutzt in der Steppe, wie Lorenz Lochthofen und andere berichteten (vgl. Lochthofen 2014: 357).

Für die Siegermächte veränderte der Ausbruch des Kalten Krieges die Prioritäten und den Blick auf „ihre“ jeweiligen Deutschen. Es bestand nunmehr auf beiden Seiten des „Eisernen Vorhangs“, ein gewisses Interesse, dass die Deutschen auf die Beine kommen und ihre Ressourcen zur Stärkung der je eigenen Position im Kalten Krieg einbringen. Aus diesem Grunde wurden nun im Zuge des Petersberger Abkommens (1949) im Westen die Demontagen eingestellt und in der frühen DDR 1950 die Reparationsverpflichtungen gekürzt. Wesentliche Entlastung brachte für die Bundesrepublik das Londoner Abkommen. Mit dem Londoner Abkommen über deutsche Auslandsschulden von 1953 wurden diese geregelt. Die dem

Abkommen bis 1956 beigetretenen Staaten vertraten mehr als neunzig Prozent der Forderungen gegen die Alt-Bundesrepublik. Für das Zustandekommen des „Wirtschaftswunders“ in der Alt-Bundesrepublik als begünstigende Rahmenbedingung war wohl das Londoner Abkommen wichtiger als der Marshall-Plan.

1953 trat die Sowjetunion an die Westmächte heran, Deutschland ab 1954 gänzlich von Reparationsforderungen zu befreien. Im August 1953 erklärten jeweils die Sowjetunion (22.08.1953) und Polen (23.08.1953), auf weitere Reparationen ab 1954 zu verzichten.

Juristen sagen, der Verzicht ist ein einseitiger völkerrechtlicher Rechtsakt, der nicht widerrufen werden kann. „Er hat die Wirkung, dass bestehende Ansprüche untergehen und Ansprüche in Zukunft nicht mehr geltend gemacht werden können. [...] Schuldner der Reparationsverpflichtungen war nach dem Potsdamer Protokoll 'Deutschland' und deshalb war Deutschland als Ganzes Adressat der beiden Verzichtserklärungen“ (Reparationen an Polen? 2004). Dies wurde von Polen auch beim Abschluss des Warschauer Vertrages mit der Alt-Bundesrepublik von 1970 bestätigt. So war viele Jahre von weiteren Reparationsverpflichtungen der deutschen Seite(n) offiziell nichts zu vernehmen.

Umso überraschender ist es, dass nach der Jahrtausendwende vorerst oder immerhin zwei Staaten explizit Reparationsforderungen gegenüber der Bundesrepublik Deutschland geltend gemacht haben – Polen und Griechenland (vgl. Schweisfurth 2004). Aus Kreisen der konservativen Nationalisten, die Polen regieren, werden derzeit Ansprüche in Höhe von 850 Milliarden Euro an Reparationen erhoben (Politt/ Pilawski 2018).

Überraschend sind die aus Athen und Warschau kommenden Reparationsforderungen zunächst schon insofern, als sie nicht nur ohne völkerrechtliche Anker erhoben werden, sondern auch am offiziellen und breit in der deutschen Bevölkerung verankerten Selbstverständnis und Selbstbild kratzen. Dieses besagt: man habe sich nun wirklich aktiv mit der NS-Vergangenheit auseinandergesetzt und die Gespenster der Vergangenheit überwunden. Und im Übrigen habe Deutschland, insbesondere die Alt-Bundesrepublik wie auch die Berliner Republik auf andere Weise Wiedergutmachung geleistet.

Die Forderungen aus Athen und Warschau signalisieren indes, dass man die Berliner Republik gut 70 Jahre nach Kriegsende (wie einst Westzonen und SBZ sowie frühe DDR und Bundesrepublik) als post-nazistische Gesellschaft und als Adressat von Reparationsforderungen wahrnimmt. Überraschend ist zudem, dass sowohl Griechenland als auch Polen, wie auch Deutschland, der EU wie der NATO angehören, mithin Bündnispartner sind und Teil der postulierten westlichen „Wertegemeinschaft“.

Im Unterschied zu den deutschen Verantwortungsträgern in der SBZ und frühen DDR, die die geforderten Demontagen und Reparationswellen umsetzen und hinnehmen mussten, haben die Entscheidungsträger der Berliner Republik theoretisch mehrere Optionen, sich zu den Reparationsforderungen zu verhalten.

(1) Sie können sie im Grundsatz anerkennen, akzeptieren und darüber in Verhandlungen treten. Dies ist allerdings eher unwahrscheinlich. Zum einen weil damit die Begehrlichkeiten vieler anderer Staaten geweckt würden, deren Ansprüche im Kalten Krieg gedeckelt oder aufgegeben wurden. Zum anderen wären schwere innenpolitische Verwerfungen zu erwarten. Die Bundesrepublik würde unregierbar werden.

(2) Sie können Reparationsansprüche unter Verweis auf das Völkerrecht als nicht gedeckt zurückweisen. Dies würde freilich die Beziehungen zu den Ländern belasten, aus denen oder für die Ansprüche erhoben werden.

(3) Sie können die Berechtigung von Reparationszahlungen unter Verweis auf das Völkerrecht abweisen, aber selektiv in Geheimverhandlungen mit Partnern Kompensationen anderer Art bieten. Nur

dürfen diese Kompensationen unter keinen Umständen, weder nach innen noch nach außen als Reparationen kommuniziert werden.

Insbesondere die beiden zuletzt aufgeführten Optionen bieten Anlässe, ja Zwänge, anzuerkennen, welche Reparationsleistungen die SBZ und DDR für ganz Deutschland erbracht haben. Ferner wird am Beispiel der polnischen Reparationsforderungen deutlich, dass die bizarren Geschichtskonstruktionen polnischer und anderer osteuropäischer Nationalisten nicht länger als folkloristisches Beiwerk passiv oder gar zustimmend hingenommen werden dürfen (Politt/ Pilawski 2018).

### **Absetz- und Emanzipationsbemühungen gegenüber den einstigen Vormächten UdSSR/Russland sowie USA**

Die einstigen sozialen Träger der DDR verbindet mit der politischen Klasse des vereinten Deutschlands die (wenn auch zu verschiedenen Zeiten statthabende) Entdeckung der Ambivalenz der jeweiligen Vormächte UdSSR bzw. USA. Ferner gibt es gewisse Parallelen in den Absetz- und Emanzipationsbemühungen und Versuchen, die Politik gegenüber den USA und Russland neu zu justieren.

Nur am Rande sei erwähnt, dass die einstigen Träger der DDR in Hinsicht auf die USA als Staat und Gesellschaft dort niemals nur den „Schurkenstaat“, sondern immer auch das „andere Amerika“ wahrnahmen. Dazu verpflichteten sie schon kanonische Texte (In jeder Nation, in jeder Kultur gibt es zwei Nationen, zwei Kulturen [Lenin]) wie individuelle Vorlieben und die allgemeine Rezeption pop-kultureller Elemente. Wenn sie es nicht schon vorher aus der Lektüre von Lenin-Texten wussten – exemplarisch Lenin<sup>1</sup> 1920; Gastew<sup>2</sup> 1919) oder bei Kurella gelesen hatten (vgl. Kurella, 1975), brachen ab 1990 alle noch bestehenden Dämme, den kulturellen Reichtum und die Vielfalt des „anderen Amerikas“ zur Kenntnis zu nehmen.

#### *Absetzbewegungen Ost im Hinblick auf den Sowjetunion-/Russland-Komplex*

Die sozialen Träger der DDR bildeten zu DDR-Zeiten keinen monolithen Block, sondern eher ein Ensemble von Gruppen und Milieus mit unterscheidbaren Wertvorstellungen und auch Interessen. Sie unterschieden sich unter anderem darin, wie sie die Sowjetunion wahrnahmen und ihre Rolle einschätzten. Hier sollen nur im Schlaglicht einige, keineswegs alle Positionen eines recht breiten Spektrums erinnert werden.

Noch vor Gründung der DDR schreibt Rudolf Herrnstadt 1948 im Neuen Deutschland seinen seinerzeit viel beachteten Artikel: „Über 'die Russen' und über uns“. Die ambivalente und distanzierte Haltung seiner Genossen zur Sowjetunion war der Schreibimpuls. Für ihn und seinesgleichen war es dagegen die Sowjetunion, die grundlegende Veränderungen nach Deutschland brachte. Das vor allem zählte für ihn. Deshalb konnte er, wenn auch dosiert, auf ausgewählte problematische Alltagserfahrungen der Deutschen mit den „Russen“ eingehen. Ähnlich empfand Johannes R. Becher 1950 in „Dank euch, ihr Sowjetsoldaten“. Sein Text, der von Hanns Eisler vertont wurde, hebt emphatisch an mit den Zeilen: „Wer hat vollbracht all die Taten, die uns befreit von der Fron? Es waren die Sowjetsoldaten, die Helden der Sowjetunion [...]“.

---

1 Lenin definierte in den Entwürfen für den Artikel über die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht Sozialismus über verschiedene Formeln – z.B. als eine Kombination von „Sowjetmacht + preußische Ordnung der Eisenbahnen + amerikanische Technik und Organisation der Trusts + amerikanische Volksbildung ...“

2 Gastew plädierte für eine Amerikanisierung der Kultur (Russlands).

Ganz anders Peter Hacks (1928-2003). Er reflektierte 1971, dass der von ihm im Rahmen seines Konzepts vom *sozialistischen Absolutismus* hochgeschätzte Ulbricht in immer größere Bedrängnis geriet und fragte, was Moskau zurzeit eigentlich für eine Politik mache und welche Ziele man dort verfolge. Er befand, dass die Führungsmacht Sowjetunion eine mehr und mehr prinzipienlose Bündnispolitik betriebe, es aus eigener Kraft nicht zu einer dringend höheren Produktivität bringe und deshalb Hilfe vor allem aus der reichen Bundesrepublik setze. Hacks meinte weiter, dass Ulbricht sich dieser Politik widersetzt habe und deshalb weichen musste (vgl. André Müller sen., 2008).

Der Rockpoet und Baggerfahrer Gerhard Gundermann (1955-1998) forderte 1987 unter Berufung auf Gorbatschow seinen Ausschluss aus der SED zu revidieren. Er führte seinen Ausschluss auf die mangelnde Bildung und Unfähigkeit der Parteifunktionäre zurück, die „nicht einmal wussten, wer Simonow oder Ehrenburg waren“. Im Gespräch mit Hans-Dieter Schütt gibt er über weitere Facetten seines Verhältnisses zu Sowjetunion Auskunft. Erstkontakte mit den Sowjets gab es im Russen-Magazin in Weimar, wo man „Weintrauben und Wasserpistolen“ kaufen konnte. Für Kinder war das ein Wert. In der Armeezeit wurde eine Kaserne der Sowjetarmee in Dresden besucht. Er registrierte dort eine gewisse Lockerheit, dass nämlich die Sowjetsoldaten mit Händen in den Hosentaschen herumlaufen durften und nur ihre unmittelbaren Vorgesetzten grüßen mussten – „wir dagegen jeden Löffel“. Verstörend waren für ihn dagegen die riesigen Schlafsäle und überhaupt die Lebensumstände für die Soldaten in den Kasernen. Später hatte er dann auch eine „Liebe in Moskau“. Doch man kam nicht zusammen, weil keiner seine Lebenswelt verlassen wollte. Auf seinen Reisen in die Sowjetunion kam er bis Nowosibirsk. Interessant ist seine Bemerkung, mit der er verstörende Eindrücke quittiert: „Schließlich war die Sowjetunion so etwas wie ein politisches Heiligtum“ (Schütt 1996: 138). Viele Andere hoben als Habenseite an der Sowjetunion ihre ethnische und kulturelle Vielfalt hervor, ihre Andersartigkeit oder/und waren beeindruckt von Büchern, Filmen, Theaterstücken, Kompositionen, Liedern, kulinarischen Genüssen oder Naturschätzen.

In der finalen Krise der DDR traute ein Teil ihrer sozialen Träger der Sowjetunion bzw. Gorbatschow allerlei zu und verband damit Hoffnungen auf Erneuerung. Andere gingen auf Distanz. Unvorstellbar war es dagegen vor allem für die Partei- und Staatsführung der DDR wie auch andere Akteure und Betroffene, dass die Sowjetunion die DDR preisgeben, fallen lassen, ihre Existenz zur Disposition stellen könnte. Damit hatten sie nicht gerechnet. Es gab allerdings sehr wohl Personen, die die DDR als ihr Land ansahen, wie etwa Peter Hacks, die frühzeitig (weit vor 1990) und kritisch, die Rolle der Sowjetunion reflektierte. Hacks meinte am Untergang des Sozialismus habe dessen „Mutterland“ einen erheblichen Anteil. Abschließend hielt er fest: „Die Russen haben sich nicht benommen hier, wie in einem Lande, das sie zu einem sozialistischen Brudervolk machen wollen, sondern haben es immer behandelt wie ein Faustpfand für den Westen. Es ist bekannt, und es ist erwiesen, dass Ulbricht hier den Sozialismus gegen den Willen der Sowjetunion durchgeführt hat“ (Hacks [1992] 2018: 279). Und an anderer Stelle notierte er: „Wie Berija zog Gorbatschow Einigung mit der BRD der mit der DDR vor“ (Hacks [1999] 2018: 433).

Die (einstigen) sozialen Träger der DDR mussten die Ambivalenz des Agierens der sowjetischen Vormacht nicht erst entdecken, sie war eine ihrer Grunderfahrungen, ein Begleiter der gesamten Geschichte des ostdeutschen Teilstaates. Spätestens in der Endphase der DDR wurde sie auch offen und öffentlich kommuniziert.

Ein grundlegender Dissens bestand unter den sozialen Trägern der DDR in der Frage, ob die DDR oder/und die sozialistischen Staaten eine (wie man heute sagen würde) „wertbasierte Politik“ nach innen und nach außen betreiben sollten, oder der „Realpolitik“ ihren Tribut leisten müssten. Vor diesem Problem steht auch die politische Klasse der Bundesrepublik. Erstaunlich hellsichtig und grundlegend hat sich dazu Peter Hacks

1987, veröffentlicht noch zu DDR-Zeiten, in: *Sinn und Form* 6/1988, geäußert: „Die Außenpolitik ist an der Politik das Geistlose. [...] Wie verschiedenen Staaten in ihrer Gesittung irgend sein mögen – unter sich sind sie einfach gleich. Ihrer innern Bildung nach sind sie mehr oder minder menschenähnlich. Nach außen sind sie noch immer wie die Höhlenleute [...] Daher steht die Außenpolitik mit den jeweiligen Innenpolitiken kaum im genauen, gelegentlich in umwegigem und gemeinhin gar keinem Zusammenhang. Man hat Freunde und Feinde in ihr. Aber es ist nicht erforderlich, dass man mit dem Feind verfeindet sei, und ausgemacht, dass man des Freundes Freund nicht ist. Man fragt den Freund nach dessen Stärke und ist gleichgültig im Betreff seiner sonstigen Eigenschaften, und diese Gleichgültigkeit ist wahrlich ohne Schranke. In der Innenpolitik ist ein Punkt, bei dessen Überschreitung selbst der Papst absetzbar wird: Abfall vom Glauben. In der Außenpolitik ist ein solcher Punkt nicht. Der Pakt mit dem Teufel kommt nicht nur vor, er ist der Regelfall [...]. Die äußere Politik [...] kennt keine Gründe als den Grund der Macht [...] Ich möchte in dem Chaos, in das ich mich hineingefolgert habe, nicht bleiben. Die Erzeugungsverhältnisse machen das Wesen natürlich auch der Außenpolitik; sie erscheinen nur in ihr so weitläufig vermittelt [...], dass es einen oft verdrießt anzunehmen, sie erschienen“ (Hacks, [1987] 2018: 156- 158). Hacks reflektierte hier nicht zuletzt (auch) das Außenverhalten der DDR selbst wie ihrer „Bruderstaaten“. Er bewies dabei auch prognostische Qualitäten.

Zudem legten in den 1990er und 2000er Jahren Kinder von Emigranten, die vor den Nazis in die Sowjetunion geflohen waren, von ihren Eltern verfasste Erinnerungen an das Exil in der UdSSR und die Haft im Gulag vor (vgl. Hedeler 2019). War schon das Verhältnis der DDR aus der Perspektive ihrer Träger zur sowjetischen Vormacht und den „Bruderstaaten“ – euphemistisch formuliert – nicht ohne Komplikationen, so wissen die einstigen sozialen Träger der DDR natürlich, dass die Russländische Föderation nicht die verkleinerte Sowjetunion ist. Russland ist eine aus den Trümmern der Sowjetunion hervorgegangene kapitalistisch verfasste Gesellschaft, die sich offiziell zum sowjetischen Erbe distanziert verhält, eine bizarre Symbiose von Kreml und russisch-orthodoxer Kirche pflegt und an der Wiederherstellung ihres Großmachtstatus, ihrer Weltgeltung arbeitet.

Die einstigen sozialen Träger der DDR teilen die vom politischen und journalistischen Mainstream der Berliner Republik konstruierte Gegenüberstellung von Demokratie (in Gestalt der in der EU und NATO versammelten Staaten) und Autoritarismus (exemplarisch verkörpert von Russland) so nicht. Denn dieses Konstrukt blendet sowohl das Phänomen der „Post-Demokratie“ (Colin Crouch) als auch die kräftigen Autoritarismen innerhalb der EU- und NATO-Staatenwelt aus.

Die einstigen sozialen Träger der DDR wissen überdies, was „die Russen“ können und was nicht. Weder hassen sie die Russen noch verachten sie sie. Sie dämonisieren Russland und seine Politiker nicht. Dadurch unterscheiden sie sich von Haltungen und Praktiken großer Teile der politischen Klasse der Berliner Republik (vgl. Krone-Schmalz 2017). Sie unterhalten vielfach noch immer enge Beziehungen zu Russland oder zu Personen, die in der Föderation leben. Die einstigen sozialen Träger der DDR unterscheiden sich aktuell und perspektivisch in ihrer Haltung zu Russland und zur russischen Politik von russischen Nationalisten, der AfD und Sowjet-Nostalgikern. Sie verfügen für die Neujustierung der deutschen Beziehungen zu Russland über nutzbare Kompetenzen.

### *Positionen zur Neujustierung des Verhältnisses zu Russland und zu russischer Politik*

Zunächst und vor allem wissen die einstigen sozialen Träger der DDR im Unterschied zu anderen, dass Russlands geographische Lage unverrückbar<sup>3</sup> und jedwede Rede von unverbrüchlicher Freundschaft mit wem auch immer, so auch den USA, nicht sehr belastbar ist. Die Russländische Föderation hat in einem Teil Eurasiens ihren Ort, sie ist dort gleichsam zu Hause. Das gilt für die USA nicht. Die USA haben zwar in Eurasien viele Stützpunkte und etliche Staaten Eurasiens sind in das von den USA geschaffene und dominierte Ordnungssystem, darunter die NATO, einbezogen. Doch sie sind von Hause aus keine eurasische Macht. Daher können sich die einstigen sozialen Träger der DDR sehr wohl vorstellen, auch wenn sie es selbst vielleicht nicht mehr erleben werden, dass die USA einst aus Eurasien abziehen oder heimgeschickt werden. Russland aber bleibt uns erhalten. Mit Russland muss ein „Modus vivendi“ gefunden werden, unter weichen Bedingungen auch immer.

Die Sanktionspolitik der EU und der USA zielt auf innere Destabilisierung Russlands, was aus mannigfaltigen Gründen nicht im wohlverstandenen deutschen Interesse liegen kann. Zudem agieren die Sanktionspolitiker und ihre journalistischen und wissenschaftlichen Kombattanten in ihrer Russland dämonisierenden Arbeit, als wenn es kein Morgen gäbe.

Die einstigen sozialen Träger der DDR haben das historische Gewordensein von Konstellationen und Konflikten mit im Blick. Daher nehmen sie zweitens das außenpolitische Agieren Russlands stärker als das wahr, was es ist – als ein Handeln aus der strategischen Defensive heraus. Unter Jelzin (Präsident 1991-1998) brach Russland ökonomisch zusammen und fiel als Machtfaktor praktisch aus (vgl. Krone-Schmalz 2017). Unter Putin begann Russland auf die weltpolitische Bühne zurückzukehren.

Die „westliche Wertgemeinschaft“ hatte in und ab den 1990er Jahren sowohl im Falle Jugoslawiens als auch bei den sogenannten humanitären Interventionen und auf Regimewechsel im Nahen und Mittleren Osten gerichteten Aktionen, zudem bei der Osterweiterung der NATO, der avisierten NATO-Beitrittsperspektive für die Ukraine und Georgien keine Rücksicht auf russische Einsprüche und Interessen genommen. Dies nahm das wiedererstarkte Russland in den 2000er Jahren nicht mehr so hin.

Und was ist mit der Krim, ist das russische Gebaren auch hier eher defensiv? Mit dem Anschluss der Krim hat Russland m.E. beispielsweise realisiert wie signalisiert, dass es den Kampf mit den USA und der Europäischen Union um den großen Preis, um die Vormacht in der Ukraine, verloren gegeben hat. Die Krim war gleichsam der noch erreichbare und verbleibende Spatz in der Hand, die Ukraine die verlorene und unerreichbare Taube auf dem Dach. Im Falle der Krim konnte sich Russland zudem auf den politischen Willen der übergroßen Mehrheit der lokalen Bevölkerung stützen. Dies nicht nur und nicht so sehr, weil diese russischsprachig ist, sondern weil sie sich von der Zugehörigkeit zu Russland bessere Lebensbedingungen verspricht.

Wenn es so etwas wie das wohlverstandene Eigeninteresse der je anderen Seite gibt, das nach Möglichkeit zu respektieren ist, dann sind die einstigen sozialen Träger der DDR geneigt, solche auch Russland zuzugestehen. Freilich ist die inhaltliche Fassung solcher Interessen nicht einfach. Man kann darüber

---

3 Natürlich ist dem Autor bekannt, dass in neuerer Zeit Staaten sehr wohl verschoben, im geographischen Raum bewegt worden, mithin „verrückbar“ gewesen sind. Das am meisten bekannte Beispiel ist die Westverschiebung Polens nach 1945. Man kann auch sagen, dass mit dem Verlust der deutschen Ostgebiete Deutschland eine Westverschiebung durch Amputation erfahren hat. Im Falle Russlands ist allenfalls rein theoretisch vorstellbar, dass es größere Gebiete im asiatischen Teil an China verlieren könnte.

streiten, ob das geopolitische Interesse – die beanspruchte Dominanz Russlands im postsowjetischen Raum – dazugehört oder ob Russland es widerstandslos hinzunehmen hat, dass der postsowjetische Raum zu einem Claim der USA wird.

Der außerrussländische Diskurs bewegt sich im Spannungsfeld zwischen zwei Polen. Auf der einen Seite stehen Globalstrategen der USA wie Brzeziński, die Russland keinerlei Mitsprache über die Orientierung der Länder des postsowjetischen Raums und keine Großmachttrolle zugestehen (vgl. Brzeziński 2015: 104). Auf der anderen Seite haben wir es mit Empfehlungen zu tun, dass der Westen die neue multipolare Weltordnung nicht ändern könne und sich mit ihr und der neuen Rolle Russlands arrangieren solle (vgl. Rahr 2019). Eine alternative, querliegende Position beziehen Teile der deutschen Linken: „Gelegentlich wird argumentiert, dass Russland [...] sich gegen eine Strategie der Einkreisung wehren müsse. Aber wir machen keine Geopolitik aus der Sicht Russlands, sondern linke Friedenspolitik“ (Liebich 2019).

Wenn wir im Ansatz die oben zitierte Bestimmung Brzezińskis von geopolitischen Dreh- und Angelpunkten sowie die Liste der als solche definierten Länder in Eurasien akzeptieren, dann erschließt sich, dass und warum gerade in diesen Gesellschaften das Selbstbestimmungsrecht der dortigen Bevölkerung von ausländischen Mächten beeinflusst wird, und zwar keineswegs nur von Russland, sondern mindestens ebenso von den USA. Dies geschieht auch über reale wie vermeintliche NGO's, die realiter zeitgenössische funktionale Äquivalente von Lenins „Partei neuen Typus“ sind, aber vor allem als aus den USA logistisch und finanziell unterstützte Revolutionsmaschinen operieren, um autoritäre Regime zu stürzen. Ihre Spezialität sind die sogenannten Farben- oder Blumenrevolutionen in Serbien (2000), Georgien (2003), der Ukraine (2004 und 2013/2014), Kirgistan (2005) (vgl. Die Revolutions-GmbH, 2005; Krone-Schmalz, 2017). Die Herrschenden in Russland versuchen, das Entstehen oder Agieren solcher „Revolutions-GmbHs“, um eine Formulierung von *Der Spiegel* aufzugreifen, in Russland selbst zu verhindern und nach Möglichkeit die gesamte Zivilgesellschaft zu lenken. Sie verlangen von allen NGO, die ausländische Gelder erhalten, dass sie sich gleichsam als Agenten einer fremden Macht registrieren lassen. (Zu ähnlichen Praktiken tendieren übrigens auch Länder, die der Mainstream dem „Westen“ zurechnet.)

Die einstigen sozialen Träger der DDR halten eine Stärkung und Verbesserung der Beziehungen zu Russland auf allen Ebenen, darunter gemeinsame Projekte, auch auf dem Felde der Abrüstung und Rüstungskontrolle für dringlich.

Die Praxis der Sanktionen ist eher kontraproduktiv. Auch wenn man durchaus aus sehr verschiedenen Gründen das Pipeline-Projekt *North Stream 2*, das Gas aus Russland in den Westen Europas befördern soll, problematisch finden kann, muss die Berliner Republik aus der Perspektive der einstigen sozialen Träger der DDR und im Eigeninteresse Flagge zeigen. Sie darf sich auf keinen Fall dem vereinten Druck der USA (*Süddeutsche Zeitung*, 13.01.2019) und der osteuropäischen Nationalisten beugen. Entschieden zurückzuweisen ist die Idee des polnischen Außenministers, modernisierte US-Atomraketen in der EU zu stationieren.

Die einstigen sozialen Träger der DDR treten für eine kräftige Verschiebung des Außenverhaltens der Berliner Republik in Richtung Äquidistanz gegenüber den USA und Russland ein. Zudem mahnen sie an, gleiche Maßstäbe an die Bewertung von Konflikten anzulegen (siehe Liebich 2019; Kaiser 2019). Allerdings wissen sie um die erheblichen praktischen Schwierigkeiten, die die Einlösung wie die inhaltliche Füllung dieser Postulate (Äquidistanz und gleiche Maßstäbe) bereitet. Hier seien exemplarisch nur einige Probleme dabei umrissen.



### *Von den Schwierigkeiten, Äquidistanz zu halten und gleiche Maßstäbe an die Bewertung von Konflikten anzulegen*

Zunächst einmal ist aktuell die politische, ökonomische, mentale, kommunikative Beziehungsdichte nicht nur der politischen Klasse, sondern auch großer Teile der Bevölkerung der Bundesrepublik zu den USA viel größer als zu Russland. Zu Russland müsste es in Bezug auf Deutschland als Ganzes einen nachholenden Beziehungsaufbau geben.

Neben dieser Asymmetrie in der Beziehungs- und Kommunikationsdichte besteht eine zweite, noch schwerwiegendere. Die USA haben es nach dem Zweiten Weltkrieg vermocht, in Europa und vor allem im Westen Deutschlands die „Vorstellung von den USA als einem benevolenten Imperium und Hegemon“ zu verankern (vgl. Mausfeld 2018). Dies gelang unter anderem dadurch, dass Akteure und Institutionen der USA wie ihre westeuropäischen Partner es (unter Performanz- Gesichtspunkten betrachtet) meisterhaft verstanden, politisch nachteilige Fakten, darunter schwerste Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen, kognitiv und moralisch unsichtbar zu machen. Mit welchen Mitteln und Techniken das gelang, hat Mausfeld eindrucksvoll (Mausfeld 2018) dargelegt und soll hier nicht interessieren. Die Sowjetunion war und Russland ist beim Vertuschen und Unsichtbarmachen politisch nachteiliger Fakten, die es sehr wohl gab, weniger leistungsstark. Äquidistanz ist also etwas, das schwer herbeizuführen ist, auch wenn sie politisch gewollt sein sollte.

Dann gibt es Konstellationen, in denen Äquidistanz sowohl aus der Sicht der Herrschenden wie der Linken normativ gerade nicht geboten ist. Um den Gedanken zu verdeutlichen, möchte ich auf ein Beispiel verweisen, das Gregor Gysi angeführt hat. Er hat darauf hingewiesen, dass es internationale Konflikte gibt – wie etwa den Nahostkonflikt und um das Existenzrecht Israels –, in denen Deutschland und auch die deutsche Linke anders als etwa Frankreich nicht neutral sein, nicht Äquidistanz wahren und nicht als neutraler Vermittler glaubhaft agieren könnte und auch nicht als neutral wahrgenommen werde (Gysi 2008).

Gysi zitiert den einstigen deutschen Botschafter in Israel (Dressler) und ähnliche Äußerungen der Kanzlerin Merkel, wonach die gesicherte Existenz Israels im nationalen Interesse Deutschlands liege, mithin Teil deutscher Staatsräson sei. Er (Gysi) halte den Terminus „Staatsräson schon für statthaft – einfach als Anerkennung dessen, dass es Vorrangregelungen in der Abwägung von Rechtsgütern gibt, die beeindruckt sind von den tatsächlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen in einer Gesellschaft. Aber da es immer auch Macht- und Herrschaftsverhältnisse sind, die innerhalb von Rechts- und Staatsordnungen institutionell geronnen sind, ist ein kritischer Gebrauch des Begriffs der Staatsräson angebracht [...]. Unter genau diesem Gesichtspunkt muss sich DIE LINKE damit befassen, was Staatsräson in unserer Demokratie im Einzelnen bedeutet [...]. Wo sich die Staatsräson als vernünftig und akzeptabel darstellt, wo sich etwas verschieben oder aufgeben lässt, wo sie einfach hingenommen werden muss. Und all dies muss ernsthaft diskutiert werden, damit wirklich klar wird, was es für uns tatsächlich bedeutete, etwa in einer Bundesregierung mitzuwirken. Steht das, wo sich ein Akzent verschieben ließe, in einem akzeptablen Verhältnis zu dem, was wir nicht verändern können, was wir schlucken müssten?“ (Gysi 2008: 4.)

An diesem Beispiel wird deutlich, dass das Gewinnen von Maßstäben und deren Anwendung für kollektive Akteure nicht einfach ist. Bieten aber nicht das Völkerrecht und die UN-Charta eine sichere Grundlage für die Gewinnung von Maßstäben? Im Großen und Ganzen schon. Allerdings ist das Völkerrecht Ausdruck von realen Machtverhältnissen, es integriert widersprüchliche Normen, die unterschiedlich auslegbar sind (vgl.

Kaiser 2019 gegen Liebichs emphatischen Bezug auf internationales Recht). Ferner wird dem Ungleichgewicht der Staaten in den Vereinten Nationen insofern Rechnung getragen, als fünf Ständige Mitglieder des Weltsicherheitsrates sind und über Veto-Rechte verfügen, alle anderen nicht. Mit einem Veto können einzelne Ständige Mitglieder des UN-Sicherheitsrates für sie je unliebsame Aktionen und Bewertungen verhindern.

Die USA betreiben – nicht erst seit Trump im Amt ist – eine missionarische Machtpolitik, die sich letztlich auf nationale Auserwähltheitsfantasien – den amerikanischen Exceptionalismus – gründet. Kommt für Initiativen und Aktionen der USA und ihrer Partner kein UN-Mandat zustande, formieren sie „Koalitionen der Willigen“ wie im Jugoslawien- oder Irakkrieg (vgl. Haller 2002; Mausfeld 2018) und handeln ohne UN-Mandat.

Sofern völkerrechtliche Vereinbarungen Souveränitätsverzicht bedeuten, tun sich insbesondere die USA schwer. Sie wollen ihre Handlungsfähigkeit nicht binden. Sie schließen nur solche Verträge ab, die ihnen nützen, oder sie steigen aus ihnen aus. Und es finden sich immer Professoren und Publizisten der Macht und des Imperiums, auch in Deutschland, die solche Wendungen legitimieren.

Da Aufmerksamkeit ein knappes Gut ist, erhellt überdies die „Ökonomie der Aufmerksamkeit“ (Georg Franck), dass inter- bzw. andersnationale Konflikte von kollektiven Subjekten, (seien es Staaten, Parteien, NGOs) mit unterschiedlicher Intensität wahrgenommen und reflektiert werden. Auch deshalb ist es für jegliche kollektive Akteure in der Berliner Republik schwierig, mit gleichen Maßstäben zu messen. Zu dem Nicht-Wissen und der Ignoranz kommen freilich Interessen sowie das so genannte Meinungs- und Empörungsmanagement hinzu. Stabilitätsgefährdende Empörungsreaktionen der eigenen Bevölkerung sind z.B. aus Sicht der Eliten einzudämmen oder auf Scheinziele umzulenken. Dagegen werden Empörungen in nicht-westlichen Staaten entfacht als Farbrevolutionen oder im Sinne der „Förderung von Demokratie und Menschenrechten“ (Mausfeld 2018) befördert.

Schließlich sind die einstigen sozialen Träger der DDR für eine Analyse und Bewertung der Sicherheitsbedürfnisse europäischer und nichteuropäischer Staaten. Es ist nicht ganz klar, ob die Dämonisierung Russlands und seiner führenden Repräsentanten Ausdruck

- eines instrumentalisierten Empörungsmanagements ist, einer Dramatisierung, um die je eigenen Bevölkerungen in manipulativer Absicht zu beeinflussen, zu täuschen, zu formieren,
- oder/und einer überschüssigen, über das historisch akzeptable und gedeckte Maß hinausgehenden, gleichsam pathologischen Form von Russophobie
- oder aber eine jeweils breite Kreise der Bevölkerung erfassenden Grundangst, auf welchem Wege auch immer sie zustande gekommen ist.

Diese Analyse steht noch aus. Sie wird vielleicht von Land zu Land unterschiedlich ausfallen. Gegenwärtig zeichnet sich aber ab, dass zwei im Diskurs befindliche Antworten und Lösungen nicht tragen. Da ist zum einen die Rede von einem „neuen Kalten Krieg“. Sie unterstellt einen „Systemgegensatz“, den es zwischen Russland und dem „Westen“ nicht gibt (in Wahrheit handelt es sich um ein Übergangsfeld) und suggeriert eine erneute russische Bedrohung. Zum anderen lassen sich Bedrohungsgefühle nicht mit dem Hinweis und der Frage auflösen „Meinst Du, die Russen wollen Krieg?“. Daher ist im Rahmen von Abrüstungs- und Rüstungskontrollmaßnahmen auch der Aufbau einer europäischen Armee *unter Umständen* eine Option.

Bewertet werden müssen aber auch die von der US-Administration vorgetragenen Sicherheitsbedürfnisse und Bedrohungsszenarien. Es ist erstaunlich und empörend, was alles die nationale Sicherheit der USA angeblich tangiert.

### *Absetz- und Emanzipationsbewegungen in der Berliner Republik gegenüber den USA*

Selbstverständlich hat es auch in der Alt-Bundesrepublik unterschiedlich motivierte kritische Haltungen zum Agieren wie zum Sein und Werden der USA als Staat und Gesellschaft gegeben. Gewöhnlich wurden und werden diese vom gesellschaftspolitischen Mainstream unter dem Label „Antiamerikanismus“ abgebildet und bewertet.

Doch spätestens in der Endphase der Alt-Bundesrepublik dominierte unter Eliten wie breiten Kreisen der westdeutschen Bevölkerung die Vorstellung, es mit einem „wohlwollenden Hegemon“ tun zu haben. Auch Brzeziński konstatierte später noch, dass der europäische Antiamerikanismus nur noch in Resten bestehe und gegenwärtig recht schwach sei (vgl. Brzeziński 2015: 80).

### Antiamerikanismus als Kampf- und Diffamierungsbegriff und Amerika-Kritik

Historisch existiert „Antiamerikanismus“ in verschiedenen Formen und variiert je nach Weltregion. Eine erste oder historisch relevante Frühform von Antiamerikanismus war in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine in Europa unter den jeweiligen politischen Klassen, Konservativen und Rechten und ihrem Umfeld verbreitete dünkelfhafte, von Ressentiments und Vorstellungen von je eigener kultureller Überlegenheit begleitete Haltung gegenüber der US-amerikanischen Kultur, Politik und Bevölkerung. Der Begriff selbst kam erst nach dem Zweiten Weltkrieg auf.

Für erklärte und bewusste Transatlantiker ist Antiamerikanismus hingegen ein „Kampfbegriff zur Abwehr von Kritik“. Antiamerikanismus als Konzept diene dem Zweck, Kritik aus dem Ausland, namentlich aus den USA, wegzudenken oder mundtot zu machen (Max Paul Friedmann). Leitmotiv des Antiamerikanismus sei eine Mischung aus „Neid und Groll“, so Timothy Garton Ash. Dan Diner erkennt darin einen „projektiven Vorwurf an die USA, für alle Übel der Welt ursächlich zu sein“. Andere sehen darin eine „ideologisches Welterklärungsmuster“ (Tobias Jaecker) oder ein perfides von politischen Extremisten konstruiertes Feindbild (Fischer). Natürlich fehlt auch nicht der Hinweis, dass sich europäischer Antiamerikanismus und Antisemitismus wie Brüder im Geiste verhielten (Markovits) (vgl. Wikipedia Antiamerikanismus unter <https://de.wikipedia.org/wiki/Antiamerikanismus>).

Auch aus der hier explizit eingenommen Perspektive einstiger sozialer Träger der DDR gehört der Vorwurf des „Antiamerikanismus“ zu den politischen Kampf- und Diffamierungsbegriffen. Allerdings zu den Kampf- und Diffamierungsbegriffen der überzeugten, bewussten wie bewusstlosen Transatlantiker. Sein Sinn und Zweck besteht darin, tiefergehende Kritik an den Machtzentren und dem Agieren der US-amerikanischen Hegemonialmacht zu blockieren, auszubremsen, verächtlich oder/ und lächerlich zu machen (vgl. Mausfeld 2018).

Gewöhnlich wird der von entschiedenen Amerikafreunden erhobene Vorwurf des Antiamerikanismus zugleich mit der Diagnose verbunden, einer an den Haaren herbeigezogenen „Verschwörungstheorie“ aufzusitzen. Mausfeld bemerkt unter Verweis auf deHaven-Smith hierzu, dass die CIA das Konzept der „Verschwörungstheorie“ ausgiebig nutze, „zur Blüte gebracht“ habe. Es sei eines der erfolgreichsten Instrumente politischer Propaganda, um Versuche zu diffamieren, die „wahre Herrschermacht unseres Landes“ sichtbar zu machen (deHaven-Smith 2014: 25, zit. n. Mausfeld 2018).

Claus Leggewie hat dagegen vorgeschlagen, zwischen Amerikakritik und Antiamerikanismus zu unterscheiden (Leggewie 2004). Kernpunkt der Amerikakritik ist nicht ein diffuser, kulturell getönter Antiamerikanismus, sondern der imperiale, religiös fundierte *American exceptionalism*. Beim Amerikanischen Exzeptionalismus handelt es sich um eine von Falken und Tauben seit Jahrzehnten, wenn nicht noch weit länger geteilte subjektive Gewissheit wie um einen höchst folgenreichen, praxisrelevanten Anspruch der politischen Klasse der USA. Die Vereinigten Staaten von Amerika beanspruchen eine Sonderrolle unter den Nationen der Welt, sie seien von besonderer Beispielhaftigkeit.

Im 21. Jahrhundert bezeichnet *amerikanischer Exzeptionalismus* die politische *Kernideologie* der USA. Diese Ideologie findet, wie Stephen Kinzer (2006) schreibt, auch und gerade darin ihren Ausdruck, dass die USA „are the only ones in modern history who are convinced that by bringing their political and economic system to others, they are doing God’s work“.

Mausfeld sieht im *American exceptionalism* nicht nur einen harmlosen oder peinlichen Flitz, eine Marotte, eine Verstiegtheit, sondern wegen der handfesten Folgen eine Pathologie (vgl. Mausfeld 2018). Um nur eine praktische Folge vorwegzunehmen: weil die USA wähnen, so einzigartig und beispielhaft in der Welt zu sein, fühlen sie sich an völkerrechtliche Verträge nur insoweit gebunden, als sie ihnen nützen. Zudem ist es ihre Mission, unliebsame Regime zu Fall zu bringen. Und selbstverständlich kann man amerikanische Staatsbürger nicht ausländischen Gerichten wie dem Internationalen Strafgerichtshof unterwerfen.

#### Neue Etappe der Amerikakritik nach der Jahrtausendwende

Mit dem Sieg im Kalten Krieg in Europa, mit dem Rückzug der Sowjetunion aus Mittel- und Osteuropa, der deutschen Einheit und schließlich dem Zusammenbruch der Sowjetunion veränderten sich die Rahmenbedingungen der US-amerikanischen Außenpolitik wie auch der bundesdeutschen. Die USA wurden so gezwungen, die Interessenlage ihrer künftigen Politik zu präzisieren. (Das in diesem Text mehrfach zitierte Werk von Zbigniew Brzezinski ist *ein* Ausdruck dieser Neubestimmung.)

Ähnliches galt für die nun entstandene Berliner Republik, die im Zuge der „2+4- Verhandlungen“ ihre volle Souveränität zurückgewann. Hanns Maull hat in einem Text von 2001 mit Verwunderung registriert, dass die Berliner Republik in den 1990er Jahren außenpolitisch im Grunde nicht viel anders agiert habe als die Alt-Bundesrepublik. Die wichtigste Veränderung war die Beteiligung an militärischen Aktionen außerhalb des NATO-Bündnisses (Jugoslawienkrieg: deutsche Beteiligung am Kosovo-Einsatz der NATO). Ansonsten gerierte sich die Berliner Republik wie die alte Bundesrepublik. Sie zog es vor, im Rahmen westlicher Bündnisse zu agieren, obschon sie im Tandem mit Frankreich zur Vormacht der Europäischen Union avancierte und zum Hauptprofiteur der Gemeinschaftswährung Euro wurde.

Die Berliner Republik engagierte sich entschieden für die EU- und NATO-Osterweiterung, obschon die Vorteile einer kapitalistischen ökonomischen Durchdringung Osteuropas mittels Handel und Direktinvestitionen auch ohne Osterweiterung zu haben gewesen und billiger gekommen wäre (vgl. Maull 2001: 647). Vor allem mit dem Wissen und aus der Perspektive des Jahres 2019 wuchs dadurch die innere Heterogenität der EU beträchtlich. Die EU- und NATO-Osterweiterung halten ich und meinesgleichen für einen Fehler.

Die stetige Rede von der „westlichen Wertegemeinschaft“ und der „wertebasierten Außenpolitik“ verliert so mehr und mehr an empirischer Deckung und wird zur Leerformel. Das gilt sowohl im Hinblick auf die deutsch-amerikanischen Beziehungen als auch für die EU selbst.

Bereits in den ersten Jahren des neuen Jahrtausends zeigte sich, wie der Inhaber des Lehrstuhls für Internationale Beziehungen und Außenpolitik an der Universität Trier konstatierte, „eine Erosion der Konsistenz und Homogenität der transatlantischen Wertegemeinschaft [...]. Hinter den bislang betonten Gemeinsamkeiten werden nun ausgeprägt Unterschiede in den jeweiligen politischen Kulturen und gesellschaftlichen Orientierungen sichtbar, die auch in die Außenpolitik hineinreichen“ (Mauß 2001: 668). Mauß selbst erwähnt explizit „Wertedifferenzen zwischen Amerika und Europa“ in der Haltung zur Todesstrafe, der religiösen Toleranz (Scientology) oder der Einstellung, dass es unterschiedliche Interessendefinitionen (nationale versus verflochtene Interessen) und Strategien gäbe (Unilateralismus versus Multilateralismus) (vgl. Mauß 2001: 668).

Das ist eine weichgespülte Version von Interessendifferenzen. Wesentlich deutlicher als Mauß wurde die Schweizer Politikerin und Juristin Gret Haller in ihrem Buch *Grenzen der Solidarität. Europa und die USA im Umgang mit Staat, Nation und Religion*. Haller war von 1996 bis 2000 als Ombudsfrau für Menschenrechte im Retorten-Staat Bosnien-Herzegowina tätig und so mit den Unterschieden im Rechts-, Staats- und Demokratieverständnis dort agierender Amerikaner und Westeuropäer konfrontiert. In ihrem 2002 vorgelegten Buch kommt sie zu dem weitreichenden Schluss, Europa sei mit dem Ende des Kalten Krieges zum natürlichen Gegenspieler der USA geworden (Haller 2002: 146). Ferner erkannte sie, dass der Streit Europa selbst erfasst habe, dass Mitteleuropa vor der Frage stehe, US-amerikanische oder (west)europäische Muster zu übernehmen und tendenziell US-amerikanische bevorzuge (vgl. Haller 2002).

Peter Bender, im Grunde auch er nur ein Transatlantiker, hat in seinem 2003 vorgelegten Essay *Weltmacht Amerika. Das Neue Rom – lange vor Trump – Essentials US-amerikanischer Politik seit dem Sieg im Kalten Krieg* beschrieben, die verfolgt werden, ganz gleich wer regiert. Da ist zunächst der Grundsatz, militärisch und vor allem militärtechnisch, uneinholbar zu bleiben. Diese Übermacht lädt auch dazu ein, eingesetzt zu werden, zumal nachdem das Gegengewicht Sowjetunion ausgefallen war (vgl. Bender 2003: 234). Ferner veränderte sich das Verhältnis zu den Verbündeten. Im Kalten Krieg brauchte Amerika seine NATO-Verbündeten, um das sowjetische Übergewicht auszugleichen. Dafür leisteten die Europäer nie genug, meinte man und meint man bis heute in Washington. Die Forderung nach gerechter Lastenverteilung zieht sich durch die Jahrzehnte bis heute (Peter Bender verstarb 2008).

Nach dem Untergang der Sowjetunion und des Warschauer Paktes war die NATO „ein Bündnis ohne Feind, sie blieb politisch nötig für Washington, um Europa unter Aufsicht zu halten, erschien [...] militärisch nur noch nützlich als Helfer gegen [...] neue Feinde [...] So drängte es auf einen Umbau der NATO, aus einem Instrument zur Verteidigung Westeuropas sollte ein Werkzeug für die globale Politik Amerikas werden, nützlich, aber nicht unbedingt nötig“ (Bender 2003: 236).

Bender legte Anfang des Jahrtausends weiterhin dar, dass je weniger ein Land Rücksicht auf andere nehmen muss, desto weniger muss es Außenpolitik betreiben. In diesem Fall bestimme weitgehend die Innenpolitik das Verhältnis zur Außenwelt. Von Bender nicht namentlich erwähnte Kenner der USA sagen, zu 90 Prozent sei das Außenverhalten der USA innenpolitisch motiviert. Das, was jeweils als nationales Interesse erklärt oder gehalten werde, bilde den Maßstab. Rücksicht auf Umwelt, die „übrige Menschheit“ bis zur Entwicklungshilfe traten zurück (Bender 2003: 240).

Minister der USA, Bender erwähnt Außenministerin Albright und Verteidigungsminister Rumsfeld, traten gegenüber Alliierten ziemlich herrisch auf. „Amerikanische Botschafter fühlen sich zuweilen wie Statthalter und teilen ihre Kritik und Zurechtweisungen öffentlich mit“ (Bender 2003: 240). Wer fühlt sich bei dem zuletzt zitierten Gedanken aus dem Jahre 2003 nicht an den derzeitigen (2019) US-Botschafter in Deutschland, Richard Grenell, erinnert.

Bender, so scheint es, datiert die Anfänge der Trumpschen Amerika-First-Politik auf das Jahr 2001: Die USA hätten sich nach dem Schock des 11. September 2001 von inneren Hemmungen und äußeren Hemmnissen befreit, die ihre Handlungsfähigkeit einschränkten. „Sie unterdrückten ihr Bedürfnis nach Legitimation und den Wunsch nach Nestwärme der Bündnisgemeinschaft und schoben fast alles beiseite, das sich ihren Absichten nicht fügte: UNO, NATO, Rüstungsbegrenzungsverträge, internationale Abkommen“ (Bender 2003: 243).

Wir können also festhalten, wenn wir die drei Texte von Maull, Haller und Bender noch einmal Revue passieren lassen, dass in Deutschland bereits kurz nach der Jahrtausendwende kräftige Absetz- und Emanzipationsimpulse gegenüber der Vormacht USA spürbar waren. Immerhin verweigerte die Bundesregierung im Irak-Krieg von 2003 offen und öffentlich den USA die Gefolgschaft, in die Koalition der Willigen einzutreten. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass dieser Schritt von zahlreichen, entschieden transatlantisch orientierten und amerikafreundlichen Politikern, Professoren und Publizisten sowie ihren sonstigen journalistischen Erfüllungsgehilfen skandalisiert wurde – als Undankbarkeit, als Verrat, als feiges Wegducken. Zur Wahrheit gehört ferner, dass die Verweigerung der Kriegsgefolgschaft im Irak nicht begleitet wurde von der Ausarbeitung oder gar Umsetzung von Konzepten, Strategien, wie die Bundesrepublik eine Emanzipation von den USA praktisch vollziehen könnte.

Ähnliches wiederholte sich 2011. Die Bundesregierung weigerte sich abermals, an einem nicht durchdachten Militäreinsatz mitzutun. 2011 unterstützten Staaten des Westens in Libyen rebellierende Halsabschneider am Boden aus der Luft gegen die Halsabschneider des Gaddafi-Regimes.

*Amerika-Kritik in der Ära Trump scheint die Reviere und Rituale sozialer Folgenlosigkeit hinter sich zu lassen – oder ?*

In seiner Nationalen Sicherheitsstrategie (Dezember 2017) setzt US-Präsident Trump auf „America First“ (Spang 2017), auch in der Aufkündigung des Klima-Abkommens von Paris sowie von Rüstungsbegrenzungsverträgen, im Ausstieg aus dem Abkommen mit dem Iran, in der Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels, in dem Konzept des Mauerbaus zu Mexiko, im Protektionismus... Diese Politik hat selbst die überzeugtesten Transatlantiker in der EU wie in Deutschland aufgeschreckt, weil sie nicht nur ihre Ohnmacht offenbart, sondern auch europäische Initiativen zerstört.

Da aber der Dollar die Weltleitwährung ist, die USA über die größte Wirtschaftsmacht verfügen und deshalb für Firmen aus aller Welt attraktiv sind, zudem die USA ein „globales Ordnungssystem“ (Brzeziński) installiert haben, das die Vorherrschaft der Vereinigten Staaten sichert, haben US-Sanktionen oder sonstige Strafmaßnahmen weitreichende Wirkungen in der ganzen Welt. Jedenfalls zogen sich viele europäische Konzerne aus dem Iran zurück, um ihr US-Geschäft nicht zu gefährden. Deshalb arbeiten EU- und deutsche Institutionen erstmals offen und öffentlich daran, stärker und unabhängiger von den USA zu werden.

Eine erste Erkenntnis bei der Neujustierung des Verhältnisses zu den USA lautet: Die USA und die EU driften seit Jahren auseinander, und sie würden das auch ohne Trump tun. Um nicht von den USA dominiert zu werden, wenn die Interessen ausein- andergehen, müssten laut Heiko Maas, dem derzeitigen deutschen Außenminister, verschiedene Schritte unternommen werden. Angedacht ist ein Bündnis mit solchen „Mittelmächten“ wie Japan, Kanada, Südkorea.

Zentral sei aber der „Bau eines souveränen starken Europas“. (Was Maas nicht sagt, vielleicht auch noch nicht einmal denkt, ist, dass Deutschland aus eigenem Antrieb und auf Drängen der USA für eine erhebliche

Ost- und Süderweiterung der EU eingetreten ist. Damit aber ist die EU-interne Heterogenität erheblich gewachsen und unter sonst gleichen Bedingungen hat sich die Handlungsfähigkeit der EU enorm vermindert. Polen ist die stärkste Macht des von Rumsfeld identifizierten „neuen“, in besonderem Maße USA-hörigen Europas.)

Weiterhin tritt Maas dafür ein, das von den USA errichtete „Ordnungssystem“, wie man das Gehäuse der Hörigkeit euphemistisch nennen könnte, zu ersetzen. Er forderte, die EU solle „von den USA unabhängige Zahlungskonäle einrichten, einen Europäischen Währungsfonds schaffen und ein unabhängiges Swift-System aufbauen“. So könnte die EU Finanzgeschäfte außerhalb der amerikanischen Jurisdiktion abwickeln und an Autonomie gewinnen (Maas 2018, zit. n. Simon 2018).

Die EU-Kommission will sich vom Dollar abnabeln, den Handel mit Energie, Rohstoffen und Flugzeugen schrittweise auf den Euro umstellen (Drewes 2018). Es blieb nicht bei bloßer Ankündigungspolitik für mehr europäische Autonomie gegenüber den USA. Es wurden, wenn man so will, auch erste Nägel mit Köpfen gemacht: Vorerst drei EU-Länder (Deutschland, Frankreich und Großbritannien) haben ein Unternehmen, eine Art Tauschbörse, gegründet, um ihre Iran-Geschäfte weiter führen zu können und um den gegen den Iran verhängten US-Sanktionen zu entgehen (Kalbe 2019).

Nur am Rande sei erwähnt, dass sich der europäische Autonomie-Diskurs bemüßigt fühlt, auf zwei Herausforderungen zu reagieren – auf die der USA und die Chinas (Simon 2018), doch die chinesische Herausforderung ist für mein hier behandeltes Thema vorerst weniger bedeutsam.

Bedeutsam ist, dass in der Gesellschaft der Bundesrepublik die Zahl derer auf einen „Rekordwert“ von 49 Prozent gestiegen ist, „die das Gefühl haben, die USA könnten eine Bedrohung für das eigene Land sein“ (Fras 2019a).

### *Kritik-Abwehr der Transatlantiker*

Die skizzierten Ansätze, die Abhängigkeit von den USA und die Ohnmacht gegenüber der unilateralen Politik der USA zu verringern, stoßen natürlich auf den erbitterten Widerstand der deutschen Transatlantiker, Amerikafreunde, um nur von diesen zu reden. Das Problem besteht zunächst einmal darin, dass nahezu die gesamte politische Klasse der Berliner Republik, auch diejenigen, die gegenüber den USA mehr Autonomie wagen wollen, im Grunde Transatlantiker, entschiedene Amerikafreunde sind. Deshalb müsste sehr viel geschehen, um sie zum entschlossenen Handeln zu bringen.

Die Argumente der Transatlantiker für einen engen Schulterschluss und für die „unverbrüchliche Freundschaft“ mit den USA sind unterschiedlicher Art.

### Behauptung wider besseren Wissens

Eine erste Verteidigungslinie lässt sich wie folgt beschreiben: Die US-Präsidenten, so kann man vernehmen, kommen und gehen, die deutsch-amerikanische Freundschaft bleibe und werde durch unfreundliche Akte nur unwesentlich und zeitweilig getrübt. Diese Argumentation verfängt nur bei unbedarften Gemütern, denn die politische Klasse weiß, dass die USA und Deutschland sowie etliche, nicht alle europäischen Partner seit Jahren wachsende Interessendifferenzen haben, nicht erst seit Trump.

### Beschwörung von Gemeinsamkeiten im Angesicht der chinesischen Herausforderung

Eine zweite Verteidigungslinie hebt darauf ab, dass „der Westen“ (im wesentlichen USA + EU + einstige Siedlerkolonien Kanada, Australien, Neuseeland) im Kampf gegen den von China verkörperten und vorangetriebenen „digitalen Leninismus“ (Joschka Fischer) zeigen müsse, dass eine „digitale Demokratie“ nicht nur möglich ist, sondern dem digital gestützten Leninismus überlegen sei (Widmann 2018). Eine andere Variante des intendierten Bündnisses von USA und EU im globalen Wettbewerb gründet in der Annahme, dass über kurz oder lang die Regeln des Zusammenlebens und die Standards neu bestimmt werden. Nur im Bündnis mit den USA könnte verhindert werden, dass China die Regeln setze (Siegmar Gabriel).

Für mich und meinesgleichen ist die Eindämmung des US-Einflusses vorerst dringlicher, mithin primär. Erst wenn dies gelungen sein wird, geht es um die „chinesische Herausforderung“.

### Beschwörung kultureller Nähe. Kulturelle Nähe schlägt nicht zwingend um in politische

Im Übrigen setzen die Transatlantiker in ihrem Votum für die Fortführung und Erneuerung der transatlantischen Partnerschaft auf die besondere Nähe der USA und Europas. Dazu nur so viel: es kommt auf den Blickwinkel an, ob der Akzent auf der besonderen Nähe von Amerika und Europa liegt („Wertegemeinschaft“) oder aber die massiven Wertedifferenzen (vgl. Maull 2001; Haller 2002; Bender 2003) in den Blick rücken.

Überdies war und ist besondere Nähe von Akteuren nicht unbedingt und zwingend ein Grund für Bündnisse, Partnerschaft, Übereinkommen, Modi vivendi. Man denke nur an den preußisch-österreichischen Dualismus, der im „Deutschen Krieg“ 1866 seine Auflösung fand, ferner an die unversöhnlichen Kämpfe zwischen Sozialdemokraten, Anarchisten und Kommunisten in der Geschichte der Arbeiterbewegung und des Sozialismus. Christoph Hein hat sein jüngstes Buch mit dem treffenden Untertitel „Anekdoten aus dem letzten deutsch-deutschen Kriege“ versehen (Hein 2019). Er meinte den Kalten Krieg (ca: 1947-1989). Und wir wollen auch nicht den Chauvinismus unerwähnt lassen, mit dem große Teile der westdeutschen Bevölkerung ihre ostdeutschen Landsleute seit 1990 wahrnehmen.

### „Neuer Kalter Krieg“? Kein Systemgegensatz

Für die Rettung und Erneuerung des transatlantischen partnerschaftlichen Verhältnisses wird von den Amerikafreunden weiterhin die Rede vom „Neuen Kalten Krieg“ zwischen der NATO und Russland, zwischen dem Westen und Russland gepflegt und instrumentalisiert. Die Rückkehr Russlands auf die weltpolitische Bühne, sein „Revisionismus“, seine „Aggressivität“ würden die Europäer, darunter die Deutschen erneut auf einen engen Schulterchluss mit den USA verweisen. Die m. E. überschüssige Dramatisierung und Dämonisierung Russlands, die von Moskau vermeintlich ausgehenden Bedrohung der neuen östlichen Mitgliedsstaaten stabilisiert die Existenz der seit dem Sieg des Westens im Kalten Krieg zur Disposition stehende NATO. Auch finden sich in der Berliner Republik hinreichend Politiker, Professoren und Publizisten, die weiterhin die Stationierung und Modernisierung von US-Atomwaffen auf deutschen Boden befürworten und zudem argumentieren, man müsse die Bedrohungsängste der osteuropäischen Nationalisten ernst nehmen.



Aus meiner Sicht führt die Rede vom neuen Kalten Krieg in die Irre, weil sich nicht konkurrierende „Systeme“, sondern verschiedenen Spielarten des Kapitalismus gegenüberstehen. In China und Russland finden wir stärker „Staatskapitalismus“; in traditionell dem „Westen“ zugerechneten Ländern schlägt das Pendel im Spannungsfeld von Staat und Markt stärker in Richtung Marktkapitalismus aus. Man kann auch nicht sagen, dass ein neuer Gegensatz von „Demokratie und Autoritarismus“ in Konflikten des Westens oder der NATO mit Russland erkennbar sei. Schon weil im Zuge der in Permanenz erfolgenden Ost- und Süderweiterung der NATO der „Westen“ nicht mehr das ist, was er vielleicht einmal war, sondern vom Osten „kontaminiert“ wurde, den Osten in sich trägt. Folglich sind „Demokratie“ und „Autoritarismus“ nicht säuberlich geschieden, sondern es handelt sich um Übergangsfelder. Gleiches gilt übrigens auch für Wertorientierungen (vgl. Scholz/ Spengler 2016; Schachner/ Woidelko 2017).

Ferner ist zu bedenken, dass die derzeitige US-Administration hinsichtlich ihres Interesses an der NATO gegensätzliche Signale aussendet. Auf der einen Seite wird Wert darauf gelegt, jede staatlich verfasste Adria-Bucht mit ihrem Hinterland (Montenegro) oder balkanische Bergregion (Nord-Mazedonien) zum Mitglied der NATO zu machen. Dies entspricht der von Brzeziński gegebenen Orientierung, dass die NATO mit das wichtigste Einflussinstrument der USA in Eurasien sei und der aktuellen nationalen US-Strategie, dem „revisionistischen Gegenspieler“ Russland keinen Fußbreit Boden zu überlassen, auf dem dieser vielleicht Militärstützpunkte errichten könnte. Auf der anderen Seite werden ohne Konsultation der Europäer wichtige Rüstungskontrollverträge wie der INF-Vertrag von 1987 über atomare landgestützte Mittelstreckenwaffen von den USA gekündigt, die europäischen Mitglieder aufgefordert ihre Militäretats deutlich zu erhöhen, wenn sie den amerikanischen Schutz nicht verlieren wollen. Schließlich erinnerte Trump mit Blick auf Montenegro an den NATO-Vertrag, der ja den Schutz aller Mitglieder gegen mögliche Aggressionen, aber keine automatische militärische Beistandspflicht vorsieht, sondern die Möglichkeit unterschiedlicher Unterstützung im Konfliktfall einräumt (vgl. NATO-Vertragsanalyse nach Woyke, 1993: 342).

Daher setzen NATO-Mitglieder wie Polen weniger auf die NATO und eher auf direkte Bündnisse mit den USA, würden gerne US-Militärstützpunkte in Polen haben und wären bereit US-Atomraketen zwischen Oder und Bug zu stationieren. Die deutschen Transatlantiker sehen solche polnischen Avancen mit Unbehagen und hoffen, dass die Amerikaner ihre deutschen Standorte nicht zugunsten polnischer räumen. (Ich und meinesgleichen wollen keine US-Stützpunkte, weder in Deutschland noch in Polen).

#### *Der „Status quo Bias“ als wichtigste Stütze des den Amerikanern eingeräumten Veto-Rechts über europäische Politik*

Die wichtigste Stütze des transatlantischen Verhältnisses gründet vermutlich im Walten des „Status quo Bias“. Damit ist eine Verzerrung gemeint, die sich mit Rainer Mausfeld wie folgt umreißen lässt: wie aufgeklärt wir uns auch immer geben mögen, neigten wir dazu, den gesellschaftlichen Status quo allen Alternativen vorzuziehen, und zwar auch dann, wenn diese objektiv besser sind. Wir sind unserer Natur nach Anhänger des Status quo. Daneben, so Mausfeld weiter, tendieren wir dahin, den gesellschaftlichen Opfern des Status quo selbst die Schuld für ihre Situation zu geben. Zugleich neigten wir dazu, diejenigen negativ einzuschätzen, die den Status quo verändern wollen. Überdies ließen sich die negativen Folgen des Status quo unsichtbar machen, so dass der Status quo stabilisiert werde und das Bedürfnis nach Alternativen verkümmere (Mausfeld, 2018).

Der „Status quo Bias“ ist mithin ein Mechanismus, der jeweils bestehende Ordnungen/ Systeme stützt. Er arbeitete für Nazi-Deutschland selbst in den letzten Kriegstagen („Kinder genießt den Krieg, der Friede wird fürchterlich“), in der Nachkriegszeit, in der DDR und Alt-Bundesrepublik. In der ostdeutschen Transformationsgesellschaft verhinderte der „Status quo Bias“, dass allzu viele bei Meinungsumfragen zu Protokoll gaben, sie hätten am liebsten die DDR zurück. Der „Status quo Bias“ arbeitet auch zugunsten des engen transatlantischen Verhältnisses, schon weil es ist, existiert. Zumal gestandene Transatlantiker auch zu verdeutlichen wissen, was Deutschland und die Deutschen der sogenannten Pax Americana verdanken.

Jan Techau ist einer der transatlantisch gepolten Analytiker, der unlängst argumentierte: „Denn wir sind als Deutsche von einer internationalen Ordnung abhängig, die wir nicht selbst garantieren können [...]. Die Europäer sind nicht in der Lage, die Stabilisierungsfunktion der Amerikaner zu kompensieren [...]. Wir müssten Wege finden, wie wir die Ordnung, von der wir abhängen, stützen können [...] Wir müssten sozusagen in Europa einzahlen, um es prägen zu können [...]. Sollten die Europäer sich gänzlich unabhängig von Amerika machen wollen, müssten sie etwa sechs Prozent ihrer Haushalte für Rüstung aufbringen. Das würde zu sozialen Verteilungskämpfen führen, wir müssten unsere Sozialstaaten umkrepeln. Was gerne vergessen wird [...] die Quersubvention der Amerikaner in unseren Sicherheitsmarkt. Hinzu kommt, dass Europa als import- und exportorientierter Kontinent auf offene Handelswege angewiesen ist. Diese garantieren die Amerikaner uns mit ihren global im Einsatz stehenden Flottenverbänden. Würden die Europäer selbst diese Infrastruktur schaffen, das wäre ein langer Prozess und würde Unsummen verschlingen [...]. Wir müssen Amerika heute so weit entgegenkommen, dass man dort das Interesse an uns nicht verliert. Das ist unser Dilemma, das ist unsere Tragik“ (Techau/Mangasarian 2017; Techau 2017).

Aus der Perspektive der einstigen sozialen Träger der DDR trifft Techaus Argument zu und nicht zu. Techau erinnert zu Recht daran, dass wesentliche Existenz- und Entwicklungsbedingungen der Bundesrepublik Deutschland, weit mehr als nur „unsere Freiheit“ von einer internationalen Ordnung, der Pax Americana, abhängen, die die Bundesrepublik selbst nicht garantieren kann. Gemeint sind etwa die übermächtige Exportabhängigkeit und Exportorientierung (Exportvizeweltmeister), die bislang weltweit einzigartige exponierte Rolle der Autowirtschaft, die bisher stets spontan-unreflektiert verfolgte Wachstumsorientierung, der ungeheuer große „ökologische Fußabdruck“, der zwar wesentlich kleiner als der der Amerikaner ist, aber dennoch erheblich zu Buche schlägt und zu Lasten anderer Teile der Weltbevölkerung aufrecht erhalten wird.

Techau hält der gesellschaftlichen und politischen Linken vor, dass sie eine stärkere Autonomie und eine Abkopplung von den USA fordern, aber kein Geld ausgeben wollen, um mehr Autonomie zu erreichen. Was organisierte und bewusste Transatlantiker wie Techau und seinesgleichen nicht sehen, ist, dass unabhängig von der Beschaffenheit des transatlantischen Verhältnisses die anderen genannten Existenzbedingungen der Berliner Republik zur Disposition stehen, sich nicht ewig auf Dauer stellen lassen, ja relativ kurzfristig erodieren könnten – die Export- und Wachstumsorientierung, die deutsche technologische Führung beim Bau von Autos, der übergroße ökologische Fußabdruck...

Während letztlich die Niederlage im Kalten Krieg, die Preisgabe der DDR seitens der UdSSR und der Zusammenbruch der Sowjetunion Absetz- und Emanzipationsbewegungen seitens der einstigen sozialen Träger der DDR gegenüber „ihrer“ Vormacht begünstigten, ja erzwangen, fällt der Druck in der Berliner Republik, ähnliches im Hinblick auf die USA zu tun, schwächer aus. Alles in allem gibt es in der Berliner Republik zwar kräftige Impulse, mehr Autonomie gegenüber der einstigen Vormacht USA zu wagen und zu erreichen, doch sie stoßen auf mächtige Gegenkräfte in den Akteuren selbst, sich abzusetzen. Es scheint, als ob die transatlantische Orientierung und das Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell der Berliner Republik

einander wechselseitig bedingen würden. Erst wenn z.B. extremer Unilateralismus oder Protektionismus seitens der USA oder aber das bisher in Deutschland verfolgte Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell nicht mehr praktiziert werden kann bzw. nicht mehr gewollt ist, wird die konkrete Form der transatlantischen Partnerschaft erodieren.

### **Störpotentiale von Transitländern umgehen – eine Praxis der DDR wie der Berliner Republik**

Sowohl die DDR und Volkspolen (wie man damals sagte) waren Nachbarn wie Partner im RGW und im Warschauer Pakt. Nach 1990 grenzte die Berliner Republik an Polen. Polen wurde zudem Mitglied der NATO und der Europäischen Union. Seit Mitte der 1990er Jahre ist Polen der größte Handelspartner Deutschlands im Osten und löste damit Russland ab.

Sowohl für die DDR als auch für die Berliner Republik war und ist Polen ein gleichermaßen wichtiger wie schwieriger Partner. Daher tendiert(e) man in der DDR wie in der Berliner Republik zu einem ähnlichen Problemmanagement. Mögliche von Polen (und anderen Staaten) ausgehende Störfaktoren zwischen der jeweiligen deutschen Seite und der Sowjetunion bzw. Russland zu umgehen – mit dem Bau der Fährverbindung von Mukran (auf Rügen) nach Klaipėda (Memel, seinerzeit Litauische Sowjetrepublik) damals und der Gaspipeline North Stream 1 und 2 von Russland durch die Ostsee nach Deutschland heute. Im ersten Fall wurde der schwierige Partner Polen umgangen, im zweiten Fall sind es Belarusland, die Ukraine und Polen.

#### *Die Fährverbindung von Mukran nach Klaipėda ab 1986 als Umgehung von Problemen, die der polnische Partner bereitete*

Seit den 1950er Jahren war die Sowjetunion der wichtigste Handelspartner der DDR. Der wachsende Güterverkehr zwischen der DDR und der Sowjetunion vollzog sich überwiegend auf dem Landweg über Polen. Dafür waren Transitgebühren zu entrichten, die von der polnischen Seite permanent erhöht wurden – zuweilen um mehrere hundert Prozent.

Um den langen und immer kostspieliger werdenden Landweg zu umgehen bzw. zu entlasten, wurde ab 1982 an einer Fährverbindung über die Ostsee von Mukran bei Saßnitz (DDR) in das sowjetische Klaipėda (Memel, Litauische Sowjetrepublik) gebaut. Für den Bau sprachen nicht nur Kostenerwägungen, sondern auch politische Gründe. Die antikommunistische Opposition in Polen war um die Wende der 1980er Jahren zu einer überaus relevanten Größe geworden. Aus ihrer Sicht war die DDR ein Hindernis bei der intendierten „Rückkehr nach Europa“. Im Diskurs der antikommunistischen Opposition waren auch Ideen vernehmbar, die Verbindungen zwischen der DDR und der Sowjetunion zu stören. Von 1981-1983 stand Polen unter *Kriegsrecht*. Mit der Verkündung des Kriegsrechts 1981 hoffte General Jaruzelski, Polen zu stabilisieren und die bestehende Macht der „Kommune“ gegen die Solidarnosc verteidigen zu können.

Bei dem Bau der Fährverbindung von Mukran nach Klaipėda handelte sich um eine der größten Verkehrsinvestitionen der DDR und um eine technische und logistische Meisterleistung. Die Verbindung von Mukran nach Klaipėda startete 1986 und wurde bis 1989 auf einen Liniendienst mit fünf Eisenbahnfähren ausgeweitet. Bis zum Ende der DDR war das Gelände Sperrgebiet und nicht allgemein zugänglich. In den frühen 1990er-Jahren wurde ein Großteil der in der DDR stationierten sowjetischen Streitkräfte über Mukran zurückgeführt (vgl. Mukran-Port).

Dieser Typ von Problemlösung – des Umgehens von Störgrößen – lädt geradezu zu Wiederholungen ein. Er hatte seine Funktion erfüllt, solange die beteiligten Konfliktparteien bestanden. Das war, zugegebenermaßen, nur wenige Jahre der Fall. Auf ein vergleichbares Problem, allerdings mit viel mehr Akteuren und Betroffenen als im Falle der Fährverbindung, antwortet North Stream.

#### *Die Ostseepipeline (North Stream) zwischen Wyborg und Lubmin*

Seit Jahrzehnten lieferte zunächst die Sowjetunion, dann Russland Öl und Gas nach Westen. Von Anfang an versuchten die USA, solche Lieferbeziehungen in jeder Hinsicht zu verhindern. Am Beginn stand der Bau der Erdölleitung „Freundschaft“. Der Bau war 1958 vom RGW beschlossen worden. Fast wäre die Alt-Bundesrepublik daran beteiligt gewesen. Die Firmen Mannesmann, Phoenix-Rheinrohr und Hoesch hatten entsprechende Verträge unterzeichnet. Da beschloss der NATO-Rat im Dezember 1962 auf Betreiben der USA das Röhrenembargo. Das Röhren-Embargo war ein gegenüber den Staaten des RGW verhängtes Ausfuhrverbot von Großröhren für den Bau von Gas- und Öl-Pipelines. Der Export von Großröhren wurde ab 1963 vom „Westen“ bis etwa 1966 komplett unterbunden. Doch im Dezember 1963 ging die Erdölleitung dennoch in Betrieb. Später (ab den 1970er Jahren) kam es dann zum Erdgas-Röhren-Geschäft. Die (west)deutsch-sowjetischen Röhren-Erdgas-Geschäfte begannen 1970 mit der Unterzeichnung dreiseitiger Verträge über die Lieferung von Großröhren durch bundesdeutsche Firmen, Erdgaslieferungen durch die Sowjetunion und Gewährung von Krediten durch westdeutsche Banken.

Mit dem Zerfall der Sowjetunion und dem Zusammenbruch des Staatssozialismus in Ost- und Mitteleuropa änderte sich zunächst an der Energie-Infrastruktur und an den Lieferbeziehungen wenig. Die Quellgebiete für Öl und Gas lagen nun vor allem (nicht ausschließlich) in Russland, die Zahl der politisch selbständigen Transitländer bzw. Empfängerländer für Gas aus Russland hatte sich deutlich vergrößert. Das zu Russland gehörende Kaliningrad wurde mit dem Zerfall der Sowjetunion eine von Polen und Litauen umgrenzte Enklave.

Das bei weitem wichtigste Transitland für Gas aus Russland wurde nach dem Ende der Sowjetunion die Ukraine. Zu Beginn des Gasstreits zwischen der Ukraine und Russland, der 2005 offen ausbrach, wurden mehr als 65 Prozent des Gases aus Russland für West- und Südeuropa durch die Ukraine geleitet. (Vgl. Wikipedia Nord Stream).

Russland hat eigentlich ein Interesse, seine Wirtschaft zu diversifizieren (nicht nur Energieträger und Rohstoffe zu verkaufen) und zu modernisieren. Allerdings spielen die Öl- und Gasausfuhren nach wie vor eine überaus große Rolle. Hierbei liegt das russische Interesse darin, Öl und Gas zu angemessenen Marktpreisen, kalkulierbaren Transitgebühren an verlässliche und vertragstreue Kunden zu verkaufen. Ein solcher Kunde war stets Deutschland.

Zunächst von Russland gewährte überaus günstige Sonderkonditionen für Länder des postsowjetischen Raumes wie Belorussland und die Ukraine will die russische Seite abbauen, woraus Konflikte mit Transitländern entstehen. Sofern Konflikte mit Transitländern ausufern und sich nicht regeln lassen, strebt Russland an, solche Transitprobleme wie -länder zu umgehen. Aus der Sicht der Förderlandes Russland ist das real eingesetzte und potentielle Störpotential der Ukraine am größten. Mit North Stream (von Russland durch die Ostsee nach Deutschland) und South Stream (von Russland durch das Schwarze Meer nach Bulgarien) sollte das Transitland Ukraine mehr und mehr umgangen werden (vgl. Grätz, 2013). Allerdings lautet die bis heute (2019) gültige offizielle Sprachregelung, dass Russland eine „Diversifizierung der

Gastransportkanäle“ auf den europäischen Markt anstrebt, so Ministerpräsident Medwedew. Russland würde den Transport durch die bestehenden Leitungen nicht aufgeben (Scholl 2019).

Die Idee zum Bau einer Ostseepipeline entstand Mitte der 1990er Jahre, lange bevor der Konflikt Moskaus mit den USA und der EU um die geopolitische Ausrichtung der Ukraine offen ausbrach und lange bevor der Gasstreit zwischen Russland und der Ukraine ab 2005 eskalierte. (Vgl. Wikipedia Nord Stream).

Der Gasstreit zwischen der Ukraine und Russland führte dazu, dass wegen nicht beglichener Rechnungen Gaslieferungen an die Ukraine gesperrt wurden und es kurzfristig zu Lieferausfällen in die EU kam (vgl. Wikipedia Russisch-Ukrainischer Gasstreit). Für die Befürworter von North Stream war der Gasstreit ein weiterer Beleg für die Notwendigkeit, die Störpotentiale von Transitländern zu umgehen. Haben doch diese stets das Passieren ihres Territoriums als Druckmittel benutzt, um exklusive Lieferbedingungen für sich durchzusetzen und unter Umständen die Versorgungssicherheit Westeuropas zu gefährden. Auf der Seite der entschiedenen Gegner und Skeptiker der Ostseepipeline in Deutschland selbst, innerhalb und außerhalb der EU war der Gasstreit Anlass, Argument und Ansporn, nach Möglichkeit den Bau und Betrieb der Ostseepipeline mit allen Mitteln zu verhindern. Ursprünglich sollte die Route über Finnland, Schweden, Dänemark nach Deutschland führen (vgl. Grätz 2013). Der finnische Versorger zog sich 2005 aus dem Projekt zurück. Erst danach kam es zu der heutigen Strecke.

Die Interessen Deutschlands und Russlands an der Pipeline waren bei Unterzeichnung der Absichtserklärung über den Pipelinebau im Juli 2004 vermutlich anders gelagert als heute. Damals war wohl entscheidend, dass Deutschland einen langfristigen vertraglichen Zugang zu russischen Gasvorkommen, Versorgungssicherheit für Jahrzehnte gewann. Mögliche Störpotentiale von Transitländern würden ausgeschaltet. Russland würde in den Stand versetzt, Gasexporte direkt nach Westeuropa zu liefern und von Transitländern unabhängiger.

Die EU-Ebene hatte anfangs die Planungen für North Stream unterstützt. Ursprünglich war überdies eine zweite Trasse von Russland durch das Schwarze Meer nach Bulgarien, genannt South Stream, angedacht. Die EU sah sich nicht zuletzt wegen des Streits um die Ostseepipeline und des energischen Widerstands von Polen und aus den baltischen Staaten gefordert, eine eigene energiepolitische Außenpolitik zu entwickeln. Diese sieht vor, Energiequellen, Lieferanten und Transportwege zu diversifizieren. Ferner unterstützte man die Idee zum Bau einer andern Pipeline durch das Schwarze Meer, die Russland umgehen und nach Österreich führen sollte. (Nabucco-Pipeline).

„Im Zuge der Krimkrise 2014 kündigte EU-Energiekommissar Günther Oettinger im März 2014 an, dass er für eine Verzögerung des South-Stream-Projekts sorgen werde. Dies hätte zur Folge, dass die in Norddeutschland endende Nord-Stream-Pipeline die einzige wäre, die bei einer Störung des Gastransits durch die Ukraine die Versorgung mit russischem Erdgas in nennenswertem Umfang sicherstellen könnte. Bulgarien stellte die Vorbereitungsarbeiten Anfang Juni 2014 nach rechtlichem Druck der EU-Kommission und einem Besuch einer amerikanischen Abordnung um Senator McCain ein. Russische Medien behaupteten, McCain habe Bulgariens Premier Oreschanski am Wochenende 'bearbeitet'“ (Wikipedia South Stream). Das Nabucco-Projekt wurde ebenfalls nicht realisiert.

Der Bau von Nord Stream 1 auf dem russischen Landabschnitt begann 2009. Das erste Rohr in der Ostsee wurde bei Wyborg 2010 verlegt; North Stream 1 ging 2012 in Betrieb. Der Bau von North Stream 2 begann 2018 und soll 2019 abgeschlossen sein. North Stream 2 verläuft im Wesentlichen parallel zu North Stream 1.

Das Bemerkenswerte an der Ostseepipeline zwischen Russland und Deutschland ist, dass sich seit Unterzeichnung der Absichtserklärung für ihren Bau (2004) wesentliche politische und andere

Rahmenbedingungen wie auch Koordinaten zur Bewertung ihres Nutzens stark verändert haben. Dennoch hält die deutsche Seite bislang eisern an dem Projekt fest – trotz aller massiven Widerstände in Deutschland selbst, ungeachtet aller Einwände der meisten EU-Partner und der Ukraine, ungeachtet eines entschiedenen Einspruchs und mehrfacher Drohungen aus den USA. Die beinharte Position der Bundesregierung in Sachen North Stream steht allerdings in einem Missverhältnis zum sparsamen, eher defensiven, ja distanzierten kommunikativen Aufwand, mit dem sie sich in der Öffentlichkeit zu dem Projekt äußert.

Allerdings ist North Stream kein Projekt der deutschen und der russischen Regierung, sondern von Wirtschaftsunternehmen. Daher kann die deutsche Seite gegenüber Kritikern aus dem In- und Ausland behaupten, sie habe keinen Anteil daran. Selbst wenn sich die Bundesregierung völlig von dem Projekt abwendete, würde die Pipeline dennoch gebaut. Die Wirtschaft finde eben gleichsam in der Wirtschaft statt, um ein Bonmot eines neoliberal inspirierten FDP-Politikers auf unser Thema anzuwenden.

### *Die Ostseepipeline in Kontext von Energiewenden und Neuem Kalten Krieg*

Die Bedeutung der Ostseepipeline, ihr politischer, ökonomischer und ökologischer Wert oder Unwert ist im Kontext von mehreren Energiewenden<sup>4</sup> und dem so genannten Neuen Kalten Krieg zu sehen (zu den Interessenlagen und Kritikpunkten siehe auch Wikipedia Nord Stream).

Der *Übergang von fossilen Energieträgern zu erneuerbaren Energien*, wie ihn nicht zuletzt Deutschland mit dem Atomausstieg und der bis 2038 vorgesehenen Beendigung der Kohleverstromung vorsieht, ist bei weitem nicht die einzige Energiewende. Doch für die deutsche Gesellschaft steht diese Energiewende obenan.

Realisten argumentieren, dass es ein hohes Gut für Wirtschaft und Gesellschaft sei, permanent über Energie aus der Steckdose zu verfügen. Wer unlängst, wie in Berlin-Köpenick, 31 Stunden ohne Strom war, wird dieses Argument auf Anhieb verstehen. Der Bezug von Gas über North Stream und dessen Einsatz könnte den Übergang von fossilen zu erneuerbaren Energien abpuffern und begleiten, gleichsam Leerstellen der Versorgung mit erneuerbaren Energien überbrücken.

Optimisten in Sachen Energiewende sind überzeugt, das Gas aus Russland werde gar nicht gebraucht, North Stream sei für die Energieversorgung überflüssig oder bremse den Siegeszug der erneuerbaren Energien. Kritiker meinen, die Abhängigkeit von Energielieferungen aus Russland sei zu hoch, überdies werde die „revisionistische Politik Moskaus“ unzulässig finanziert und noch dazu würden die Partner Polen und Ukraine um wichtige Einnahmen gebracht. Akteure und Institutionen der deutschen Wirtschaft befürworten North Stream. Politiker der Grünen (Baerbock) und manche Außenpolitiker der CDU (Röttgen) sehen darin ein politisches und ökologisches Desaster, monieren mangelnde Rücksichtnahme auf die Sicherheitsbedenken unserer osteuropäischen Nachbarn. Andere Politiker der Grünen wie Trittin halten dagegen und argumentieren, dass Pipelinegas zwischen Produzent und Konsument wechselseitige Abhängigkeit stiftet.

Für die FDP (Graf Lambsdorff) ist das Festhalten an North Stream 2 eine Frage der Kontrolle über die eigene, deutsche Energiepolitik, eine Frage der Souveränität. Sollte Brüssel die Nutzung der Ostseepipeline

---

4 Für Puristen und Energieexperten ist natürlich der Übergang von fossilen zu erneuerbaren Energien die einzige wirkliche Energiewende. Alle anderen angeführten Übergänge bewegen sich im Rahmen des bestehenden Energie-Systems.

europarechtlich blockieren, wäre das ein Souveränitätsverlust (vgl. Korbaki/ Niesmann 2019). Im deutschen Diskurs wird das Festhalten an der Ostseepipeline aber auch als Garant und Scharnier für einen Wiederaufbau der ziemlich ruinierten deutsch-russischen Beziehungen gesehen, mithin würde ein Aus der Ostseepipeline auf lange Sicht die deutsch-russischen Beziehungen beschädigen. Das ist auch die Sicht der einstigen sozialen Träger der DDR. North Stream ist mehr als ein Energieprojekt oder eine Pipeline.

Eine *zweite Energiewende vollzieht sich in den USA*. Die USA werden zu einem der weltweit größten Exporteure von Flüssiggas (LNG). Daher erhöhen sie ihren Druck auf die EU, mehr US-amerikanisches LNG zu kaufen, eine entsprechende Infrastruktur aufzubauen und die Abhängigkeit von russischer Energie zu verringern.

Neben ökonomischen Einwänden haben die USA ein starkes politisches Interesse, North Stream zu kippen. Für die USA war die starke Stellung der Sowjetunion und dann Russlands bei der Energieversorgung europäischer NATO-Staaten schon von Anfang an, ab den 1960er Jahren, problematisch. Sie sahen und sehen darin eine unzulässige Abhängigkeit der Staaten „ihrer“ Einflusszone von einer fremden Macht.

Nach dem Untergang der Sowjetunion eröffneten die USA wie auch die EU den Kampf um die Hegemonie im postsowjetischen Raum, insbesondere um die geopolitische Umpolung der Ukraine, die Russland nicht passiv hinnahm. Daraus resultiert der „Neue Kalte Krieg“. Die USA waren und sind gegen North Stream 1 und 2 aus politischen wie ökonomischen Gründen. Schon 2008 forderte der US-Botschafter in Stockholm in einem ganzseitigen Artikel: „Sagt Nein zu Russlands unsicherer Energie“ (*Der Tagesspiegel*, 13.09.2008). Ähnlich der US-Botschafter bei der EU in Brüssel 2018 und der US-Botschafter in Deutschland 2019 (*Süddeutsche Zeitung*, 13.01.2019). Im August 2017 hatten die USA ein Gesetz für verschärfte Sanktionen gegen Russland erlassen, das sich insbesondere gegen den Energiesektor richtet (vgl. Wikipedia Nord Stream). Die USA fürchten auch eine weitere Schwächung der Ukraine, wenn die Transitgelder entfallen oder zurückgehen.

Der Streit um North Stream 2 innerhalb der EU und mit den USA eskalierte noch einmal im Februar 2019 bei der Revision der EU-Gas-Richtlinie. In der Revision der Gas-Richtlinie sah die EU-Kommission das geeignete Instrument, die ungeliebte Pipeline doch noch zu verhindern. Vermutlich unter dem Druck der USA und um dem deutschen Zuchtmeister in der EU endlich einmal klare Kante zu geben, zeichnete sich eine Mehrheit von 16 zu 12 für die Gegner der Pipeline ab. Um sich für mangelnde deutsche Unterstützung für französische EU-Reformpläne zu revanchieren, wechselte schließlich auch Frankreich in der Lager der Gegner der Ostseepipeline und sprach sich für eine Revision der sogenannten EU-Gas-Richtlinie aus. Deutschland drohte eine Abstimmungsniederlage (vgl. Korbaki/ Niesmann 2019). Diese Niederlage der Bundesregierung konnte durch einen Kompromiss abgewendet werden (Vgl. Fras 2019). Nur Bulgarien stimmte schließlich noch gegen die gefundene Kompromissvariante. Hatte doch Bulgarien seinerzeit sich aus dem Projekt South Stream auf deutschen und US-amerikanischen Druck zurückziehen müssen. Mit Blick auf den erzwungenen eigenen Verzicht *musste* Bulgarien den Kompromiss zum Weiterbetrieb von North Stream 2 als Anliegen doppelter Standards wahrnehmen.

Eine *dritte Energiewende vollzieht sich gegenwärtig in den Ostseerepubliken Estland, Lettland, Litauen und Polen*. Man will dort in jeder Hinsicht, nicht nur bei Öl und Gas, sondern auch beim Strom unabhängig von Energie aus Russland werden. Die Eliten der genannten Länder sind gegenüber Russland besonders misstrauisch und konfrontativ eingestellt. Im Zuge der Ukraine- und Krimkrise hat sich diese Disposition noch verstärkt. Bei der Planung von North Stream bestand ursprünglich die Option, auch Abzweigungen nach Lettland und Polen zu verlegen, die beide Länder entschieden ablehnten (vgl. Wikipedia Nord Stream, S. 2).

Polen möchte zwar weiterhin Transitland für Gas und Öl aus Russland sein und Transitgebühren kassieren, aber es ist fest entschlossen, ab 2022 selbst kein russisches Erdgas mehr zu importieren. Ähnlich Litauen. Beide Länder haben Abkommen mit den USA über den Import von Flüssiggas unterzeichnet, obwohl dies doppelt so teuer sein wird wie russisches Gas aus Pipelines. Beide Länder bemühen sich auch um US-Militärstützpunkte (vgl. Schröder 2019).

Im Rahmen des so genannten BREL-Abkommens von 2001 waren die baltischen Staaten noch in ein von Russland betriebenes Stromnetz eingetaktet, das die drei Ostseerepubliken sowie Weißrussland und Russland verbindet. Energiepolitisch wollen die baltischen Staaten von Russland in jeder Hinsicht, auch beim Strom unabhängig werden. Deshalb haben sie keinen Zweifel daran gelassen, aus dem oben erwähnten BREL-Abkommen auszusteigen und ihre Netze mit dem EU-Stromnetz zu verbinden. Bis 2025 soll das geschehen sein. 2019 wird ein Funktionstest unternommen und in diesem Zusammenhang die Stromverbindung von Litauen nach Kaliningrad abgeschaltet. Bei einem Ausstieg der drei Ostseerepubliken aus dem BREL-Abkommen müssen Belorussland und Russland ebenfalls ihre Stromnetze neu ordnen (vgl. Schröder 2019).

Aus der Perspektive der einstigen sozialen Träger der DDR sind die handlungsleitenden Befürchtungen der polnischen und baltischen Nationalisten überschüssig. Sie haben irrationale Züge. Gefährlich sind sie insofern, als sie im Verein mit den ähnlich tickenden USA ihren Partnern in der EU und der NATO einen Konfrontationskurs gegenüber Russland aufnötigen.

### **Wenn Pfadlogiken erodieren, Elemente der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur in die Krise geraten**

Weiter oben war dargelegt worden, dass das Außenverhalten von Staaten und Gesellschaften auch durch Elemente ihrer Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur bestimmt werde. Die jeweilige Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur einer gegebenen Gesellschaft ermöglicht und begrenzt ein bestimmtes Außenverhalten. Solche Vorprägungen rücken nun in den Blick.

Was soziale Träger der DDR in der Endphase des zweiten deutschen Teilstaates (1985-90) mit den Akteuren der Berliner Republik verbindet, ist zum einen die Herausforderung, aus bis dato gültigen Pfadabhängigkeiten auszubrechen, eingeschlagene Pfade zu verlassen, zu wechseln. Denn tragende Säulen der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur ihrer jeweiligen Gesellschaften und damit auch ihres Außenverhaltens konnten bzw. können nicht mehr ohne weiteres fortgesetzt werden. Zum anderen verbindet die Akteure, dass sie zwar jeweils gefordert waren oder sind, mit systemrelevanten Komponenten und Handlungslogiken zu brechen, aber dabei mit Dilemmata einer Transformation wesentlicher Elemente der jeweiligen Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur konfrontiert werden, die sie lähm(t)en, entsprechend zu handeln.

### *Soziale Träger der DDR in den 1980er Jahren zwischen Pfadabhängigkeiten und Pfadwechsel*

„In der Mitte der achtziger Jahre waren das internationale Nachkriegssystem in der Krise und der Entspannungsprozess praktisch zum Erliegen gekommen. Das Wettrüsten nahm neue Formen an und die Kriegsgefahr erhöhte sich. Nahezu alle globalen Probleme spitzten sich weiter zu. Die östliche, zweite Welt befand sich in einer Stagnationskrise, die ihren Rückstand zur westlichen, ersten Welt anwachsen ließ, und in der dritten bekämpfte man sich gegenseitig“ (Dietrich 2018: 1930).



In dieser Situation wurde Gorbatschow zum Generalsekretär der KPdSU gewählt. Er leitete das Ende der sowjetischen Globalstrategie und eine neue Phase der Entspannungspolitik ein, die letztlich den Ländern des „sozialistischen Lagers“ die Wahl des gesellschaftspolitischen Systems freistellte. Für die DDR wurde im Zuge einer entsprechenden Umorientierung der SED die Bundesrepublik einerseits zum wichtigsten wirtschaftlichen Partner. Andererseits wurde direkt oder indirekt ihre Existenz durch die Entspannungspolitik der Sowjetunion zur Disposition gestellt. Die sozialen Träger der DDR, die noch nie einen homogenen Block gebildet hatten, reagierten auf diese Kaskade von Herausforderungen mit einer insgesamt gesteigerten Aktivität, mit einer Fülle von angedachten, vorgeschlagenen Strukturveränderungen und einer weiteren Ausdifferenzierung ihrer politischen und sozialen Positionen. Um nur einige Wendungen unter ihnen anzuführen, sei auf folgende Schlaglichter verwiesen.

Auf die Befunde des *Club of Rome* über die „Grenzen des Wachstums“ hatte der Intellektuelle Wolfgang Harich mit seiner 1975 bei Rowohlt in Reinbek bei Hamburg veröffentlichten Schrift „Kommunismus ohne Wachstum? Babeuf und der 'Club of Rome'. Gespräche über Ökologie“ geantwortet. Darin stellte er das bei fast allen sozialen Trägern der DDR, namentlich bei den Machern der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik spontan-unreflektiert akzeptierte Wachstumsparadigma mit Blick auf die avisierte kommunistische Gesellschaft in Frage. Die Idee einer ökologischen und wachstumslosen Gesellschaft, mit einer rationierten Verteilung – Kommunismus genannt – erreichte auch manche Leser in der DDR, aber für die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der SED, ja für die meisten sozialen Träger der DDR blieb sie sozial folgenlos. Sie transportierte für ihre Rezipienten zu viel an drohender Katastrophe, die man nicht sah oder nicht sehen wollte; gebot Askese statt vollen Zugang zu den Springquellen des gesellschaftlichen Reichtums für alle zu verheißen. Harich scheute sich nicht, das hässliche Antlitz einer Ökodiktatur aufleuchten zu lassen, statt Hoffnungen auf herrschaftsfreies Leben und Demokratie zu bedienen.

Es gab „ordnungspolitische Paradigmenwechsel“, Experimente in der Wirtschaft (z.B. mehr Handlungsfreiheit für Kombinatdirektoren, die Chefs der großen Wirtschaftsbetriebe), die an Versuche der Ulbricht-Ära erinnerten, aber suboptimale Ergebnisse zeigten (vgl. Dietrich, 2018: 194f.). Die Antwort auf die auswärtige Verschuldung und Valutakrise der DDR war, Humanisierungen des DDR-Grenzregimes gegen Milliardenkredite aus der Bundesrepublik zu tauschen, Ressourcen und Werte aller Art (z.B. Antiquitäten) gegen Devisen zu veräußern und Devisenguthaben der DDR-Bevölkerung und von auswärtigen Besuchern durch entsprechende Angebote und Läden abzuschöpfen.

Peter Hacks war Zeit seines Lebens ein entschiedener Unterstützer, Befürworter, Träger der DDR. 1989 antwortete er auf die Frage, was ihm zu Deutschland einfiel „Goethe und die DDR“ (Hacks 2018: 181)! Hacks beurteilte indes die Politik und Praxis in der Ära Honecker sehr kritisch. Die Ablösung von Ulbricht durch Honecker 1971 war für Hacks ein „Putsch“, der das Ende des von ihm postulierten „sozialistischen Absolutismus“ zugunsten der „Apparatklasse“ herbeiführte. Die Enteignung der verbliebenen Privatbetriebe 1972 sah er als Verschiebung im Spannungsfeld von „Leistung und Demokratie“ zuungunsten des Leistungsprinzips. Hacks war auch gegen Honeckers Politik zur „Bestechung der Arbeiterklasse“. Denn diese Politik habe Intelligenzfeindlichkeit und Gleichmacherei befördert (Hacks 2018: 27-31). Unter Honecker sei, von den Russen aufgezwungen, eine „rechte Außen- und Kulturpolitik“ betrieben worden, die einlud zur Intervention und eine „überlinke Innen- und Wirtschaftspolitik“ (Hacks 2018: 386.). Aber aus Hacks' Sicht habe nicht nur die „Apparatfraktion“ bei der Weiterentwicklung des Sozialismus in der DDR, sondern auch die Fraktion der geistigen Produzenten versagt. Sie schien vergessen zu haben, dass der andere deutsche Staat die DDR übernehmen will. Hacks sah schon 1968 die Gefahr einer „linken Konterrevolution“ (Hacks 2018: 27) und vermutete 1974, dass die ästhetischen Gruppierungen in der DDR versteckte politische Gruppierungen seien (vgl. Weber 2018: 344). Deshalb war er gegen die Ergebnisse von Helsinki und sah in

der Causa Biermann und dessen Unterstützern gefährliche Illusionisten am Werk (vgl. Hacks 2018: 33-34). Auch das SPD-SED-Papier lehnte er ab.

Etlichen anderen sozialen Trägern der DDR (für Hacks gefährliche Illusionisten) ging es um einen „besseren Sozialismus“, den „Schritt vom 'realen' zum 'wahren' Sozialismus“. Sie traten ein für Veränderungen in der DDR, die das gesellschaftliche Eigentum an Produktionsmitteln mit Garantien für individuelle Freiheit verknüpfen würden (Dietrich 2018: 2033).

Wieder andere unter den sozialen Trägern der DDR, im Umfeld der Bürgerbewegungen, suchten nach anderen, alternativen Existenzformen, die ihre Ansprüche an ein herrschaftsfreies Leben befriedigen könnten. Zwar lehnten sie vieles in und an der DDR ab. Aber sie meinten, dass der „Kapitalismus dafür keine Alternative sei, und dass die Gesellschaft in der DDR durchaus als brauchbare Ausgangsbasis für die Verwirklichung solcher Vorstellungen angesehen“ werden könne (Dietrich 2018: 2072). In der Bürgerbewegung setzte man dennoch ganz andere Akzente, als bei den Reformern in der SED.

Reformkräfte im Umfeld der Staatspartei SED meinten, nur über die vorhandenen politischen Organisationen Veränderungen mit Erfolg herbeiführen zu können und die Stagnation zu durchbrechen. Sie erkannten, dass der sogenannte Staatssozialismus eine Reihe von Web- und Konstruktionsfehlern aufwies. Die Ursachen der Fehlentwicklung lagen für sie nicht an der falschen Umsetzung eines richtigen Konzepts, sondern in Mängeln des Konzepts selbst. Deshalb arbeiteten sie am Projekt und Konzept eines „Modernen Sozialismus“. Leitend für sie war ein „Konspirativer Avantgardismus“ (Land/Possekel 1998), wie sie es selbst später kritisch reflektierten. Dies meint, dass sie sich selbst als potentielle Avantgarde sahen bei der Heilung des realen Sozialismus von seinen Konstruktionsmängeln, beim Umbau und bei der Demokratisierung der Macht. Aber der neue, von den SED-Reformern als neuer Avantgarde erarbeitete Ansatz müsse von der Partei und vom Staat selbst ausgehen. Solange die Kräfteverhältnisse in der Partei das nicht zuließen, durfte der eigene Gestaltungsanspruch der SED-Reformer nicht im offenen Kampf ausgetragen und verschlissen werden. Insofern agierten sie „konspirativ“ (vgl. Dietrich 2018: 2069).

Die verschiedenen sozialen Träger der DDR traten in der Endphase ihrer Gesellschaft durchaus für Strukturveränderungen, Pfadwechsel ein. Aber dieses Bemühen kam zu spät, war konzeptionell nicht oder nur bedingt trag- oder gar mehrheitsfähig, um die DDR als Staat und Gesellschaft zu erhalten.

### *Das „Otto-Reinhold-Axiom“ legitimierte gleichermaßen die Existenz wie die Aufgabe der DDR*

Der Konsensbogen unter den sozialen Trägern und Verteidigern der DDR war überdies relativ schmal. Vermutlich kulminierte er im „Otto-Reinhold-Axiom“, einem Gedanken, den in ähnlicher Weise Stefan Heym und Kurt Maetzig vorgebracht hatten: Die DDR habe als Staat nur als sozialistische Alternative zur BRD eine Existenzberechtigung (vgl. Dietrich, 2018: 2225f.), eine kapitalistische DDR neben einer kapitalistischen BRD habe keine.<sup>5</sup> Als sich 1989/90 abzeichnete, dass es mit einer staatlich verfassten sozialistischen Alternative zur westdeutschen Gesellschaft nichts werden würde, lieferte das skizzierte Axiom manchen Trägern der DDR die Legitimation, ihre Bindungen an die DDR zu kappen, „überzulaufen“, eine neue, nicht mitsinkende soziale Position im vereinten Deutschland zu suchen. Wenn ich mich recht erinnere, gab es damals unter

---

5 Otto Reinhold (1925-2016) war von 1962 bis 1989 Direktor, dann Rektor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. Er hatte das SED-SPD-Papier: „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ 1987 maßgeblich mit ausgearbeitet und die SED-Delegation geleitet. Im Herbst 1989 hatte er die Position, die DDR habe nur als sozialistische Alternative zur BRD eine Existenzberechtigung, öffentlich mit Nachdruck vertreten.

den sozialen Trägern der DDR schließlich auch solche, die das Otto-Reinhold-Axiom nicht oder nur bedingt teilten. Sie bevorzugten die – nach einer sozialistischen DDR – zweitbeste Lösung. Das war *für sie* eine ihre Eigenstaatlichkeit bewahrende kapitalistischen DDR statt der deutschen Einheit.

Die DDR ging bekanntlich unter. Gut dreißig Jahre später zeigt sich nun ein in Ansätzen vergleichbares Phänomen.

### *Die Verwundbarkeit des deutschen Modells, die mangelnde Zukunftsfähigkeit tragender Säulen der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur der Berliner Republik*

Das Außenverhalten der Berliner Republik gründet, wie weiter oben bereits vermerkt, in einer Reihe von speziellen Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen. Das deutsche Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell ist *in einem besonderen Maße vom Export abhängig*. Deutschland exportiert weit mehr als es importiert. Der deutsche Exportkapitalismus basiert zudem insbesondere auf der bislang überaus leistungs- und konkurrenzfähigen *Automobilwirtschaft* und dem Maschinenbau. Schließlich ist das deutsche Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell durch und durch *wachstumsorientiert*.

Alle drei Grundpfeiler der Wirtschaftsmacht und des wirtschaftlichen Erfolgs des deutschen Modells sind teils kurz-, teils mittel- und langfristig gefährdet. Deshalb sind Pfadwechsel angesagt, die indes überaus schwer zu vollziehen sind. Daher erscheinen die Entscheider der Berliner Republik ähnlich gelähmt wie Jahrzehnte zuvor die der DDR. Die Gefährdung, Verwundbarkeit, erodierende Tragfähigkeit der drei Pfeiler kann auf verschiedene Weise hergeleitet wie dargelegt werden.

### *Die Krux der Exportabhängigkeit*

Rund die Hälfte der zwischen Rhein und Oder produzierten Waren wird exportiert, bei Autos, Maschinen und Chemieerzeugnissen sind es 60 bis 80 Prozent. Der wirtschaftliche Erfolg der Bundesrepublik gründet mithin einerseits auf ihrer starken industriellen Basis, der Ingenieurskunst, den qualifizierten Facharbeitern, weiteren anderen inneren Faktoren *und* auf dem freien Zugang zu Auslandsmärkten. Wie Stephan Kaufmann darlegt, wird dieser freie „Zugang nun von mächtiger Seite in Frage gestellt: von den USA“ (Kaufmann 2019).

Die USA haben den freien Weltmarkt nach 1945 geschaffen und vorangetrieben. Sie sichern mittels ihrer politischen Macht die Öffnung der Länder, sie schützen mit ihrem Militär und ihren Flotten die Handelsrouten. Die Leitwährung der Welt ist ihre Währung, der US-Dollar. Sie haben erheblichen Einfluss im Weltfinanzsystem.

In diesem System ist die deutsche Wirtschaft zum Konkurrenten der USA geworden und nun zeigen die USA der Bundesrepublik die Instrumente: Sie drohen mit Zöllen auf Autoimporte, was angesichts der dominanten Rolle der Automobilwirtschaft und der schwächelnden Nachfrage ein Super-Gau wäre.

Der Zugang zum wichtigen US-Markt wird auch für alle in Frage gestellt, die sich nicht an die US-Sanktionen gegen den Iran halten. Zudem wollen die USA der deutschen Seite ihren Wirtschaftskrieg gegen Russland aufzwingen und den Energiehandel, den Bezug von Pipelinegas aus Russland unterbinden. Überdies üben die USA Druck auf China aus und schwächen damit die chinesische Konjunktur. Dies wiederum tangiert auch das deutsche Exportgeschäft nach China. Das deutsche Exportmodell gerät also einerseits unter Druck durch den von den USA ausgehenden Handelskrieg und andererseits durch das Aufkommen von Konkurrenten in

China mit Hilfe staatlicher chinesischer Industriepolitik (Kaufmann 2019). Schließlich wird der bundesdeutsche Exportkapitalismus durch ökonomische Ungleichgewichte in der EU zum Problem. Die Bundesrepublik – und Bundesregierung – zehrt in ihrem Wirtschaftserfolg mithin von Voraussetzungen, die sie selbst weder schaffen, noch garantieren kann. Sie kann US-Zölle nicht unterbinden, sie kann China weder Subventionen noch Industriepolitik untersagen. Sie hat nicht die Macht, den Weltmarkt offen zu halten. Deutschland ist damit verwiesen auf seine Machtbasis – die Stellung in der EU. „Damit steht und fällt Deutschlands globale Durchsetzungsfähigkeit“ mit „der Einheit der EU-Staaten“ (Kaufmann 2019). Diese ist nicht so einfach herbeizuführen, wie Philip Manow eindrucksvoll gezeigt hat. Denn die Europäische Union vereint vier verschiedene Kapitalismen bzw. Politische Ökonomien (vgl. Manow 2018). Die Exportüberschüsse der einen sind die Defizite, Schulden der anderen. Das gilt auch und gerade für die EU.

### *Die Schwierigkeiten, die deutsche Autobranche zu transformieren*

Die deutsche Autobranche, eine der wichtigsten und bedeutendsten Industrien der Bundesrepublik steht vor gravierenden Umbrüchen, auch ohne US-Zölle. Zunächst und vor allem sind Veränderungen des Mobilitätskonzepts zu erwarten, die den motorisierten Individualverkehr in seiner bisherigen Form massiv tangieren werden. Es gibt weiterhin einen mächtigen Trend zur Elektrifizierung. Der globale Automarkt ist durch erhebliche Produktionsüberkapazitäten gekennzeichnet. Deutsche Hersteller sind bislang überaus wettbewerbsfähig im teuren Premiumsegment, bei SUV.

Diese Marktführerschaft wird durch drei Faktoren in Frage gestellt. Zum einen will die US-Regierung den deutschen Außenhandelsüberschuss verringern und droht mit Zöllen auf Autos aus Europa. „Zudem haben die USA mit dem Diesel die Erfolgsstrategie deutscher Hersteller unterminiert“ (Kaufmann 2019a). US-Hersteller setzen kaum auf den Diesel. Zweitens. Mit dem Elektroauto werden die Karten der Branche neu gemischt. China setzt auf E-Autos und hofft den bislang uneinholbaren Vorsprung ausländischer Hersteller zu kippen und an ihnen vorbeizuziehen. Schließlich drittens wird die Transformation der Autoindustrie von der Debatte beeinflusst, Schadstoffemissionen zu verringern. Dies ließe sich nur machen, „wenn die Fahrzeuggewichte massiv sinken, und zwar um mindestens 30 Prozent, und die Motoren um bis zu 40 Prozent gedrosselt werden“, so der Vorsitzende der IG Metall. Und weiter: „Das wäre das Aus für Autos der Ober- und oberen Mittelklasse“. Das wären aber genau die Fahrzeuge, die die Stärke der deutschen Hersteller auf den globalen Märkten ausmachen (Krull 2019).

Die einstigen sozialen Träger der DDR selbst sind in der Frage der Transformation der deutschen Autoindustrie ein wenig gehandicapt, obschon sie gar keine Autos bauen oder irgendwelche Hebel in den Händen halten. Die Behinderung betrifft ihre Meinungsbildung. Sie können zwar sehr klar die Notwendigkeit von Transformationen der Branche umreißen, wissen aber auch, dass die meisten Mittel aus dem Länderfinanzausgleich für Ostdeutschland aus den Bundesländern mit starker Automobilwirtschaft kommen. Ferner wissen sie, dass die Jobs in der Autoindustrie sehr gut bezahlt werden.

### *Ökodiktatur oder Einstieg in eine demokratische Postwachstums-Transformation?*

Auch der Pfadwechsel hinsichtlich der dritten Säule des deutschen Modells – von der Wachstumsorientierung hin zu einer Postwachstumsgesellschaft, zu einem vom Wirtschaftswachstum unabhängigen Wohlstand, zum sozial-ökologischen Umbau – ist eingebettet in erhebliche Dilemmata, noch dazu wenn die Transformation auf demokratischem Wege erfolgen soll (vgl. Adler, 2018).

Es ist keineswegs so, wie das Hölderlin-Wort: „*Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch*“ verheißt. Das lehren die Erfahrung und das Schicksal der einstigen sozialen Träger der DDR.

Sie wissen auch nicht besser als die heutigen Entscheider, wie und wohin Pfadwechsel vorzunehmen, wodurch der deutsche Exportkapitalismus zu ersetzen ist. Sie haben kein zukunftsfähiges Mobilitätskonzept parat, welches eine Transformation der Automobilbranche ermöglichte. Die im Diskurs befindlichen Komponenten für einen Einstieg in eine „demokratische Postwachstums-Transformation“ erscheinen einstigen sozialen Trägern der DDR zwar sympathisch, aber wenig geerdet. Kurz: sie haben die Lösungen nicht. Sie können höchstens so tun. Sie können heutige Entscheider nur bestärken, fremde Pfade, unbekannte Wege zu gehen.

## **Fazit**

Dreißig Jahre nach dem Ende der DDR befindet sich die Berliner Republik in einer weitaus komfortableren Lage als diese. Und zugleich sieht sie sich doch ähnlich wie die DDR mit Dilemmata von erheblicher Tragweite konfrontiert. Deutlich sollte aber auch geworden sein, dass das Außenverhalten der DDR und der Berliner Republik einige Parallelen, Ähnlichkeiten, Kontinuitäten aufweist. Man kann – auch im Außenverhalten – in den Fußstapfen anderer, wie der einstigen sozialen Träger der DDR stehen, ohne es zu wissen. Kund zu tun, was andere nicht wahrhaben wollen und in der großen Attitude, mit der der Gegensatz von Demokratie und Diktatur beschworen wird, die Augenauswischerei zu kennzeichnen, ist einer meiner Schreibimpulse.

Da sind zunächst Erblasten der Geschichte. Diese kommen u.a. als Forderungen von Bündnispartnern nach Reparationen an die heute lebenden Deutschen und ihren Staat daher.

*Zweitens* teil(t)en die einstigen sozialen Träger der DDR mit den Eliten der Berliner Republik die Überzeugung, jeweils nicht einfach nur Zweckbündnissen anzugehören, sondern im Rahmen von „Wertegemeinschaften“ zu agieren, die eine „wertebasierte“ Außenpolitik betreiben würden. Diese Gewissheit gehört zu den verlorenen Illusionen. Die einstigen sozialen Träger der DDR haben die massive Destruktion ihrer Illusionen über die Zugehörigkeit zu Wertegemeinschaften und die Möglichkeiten einer wertebasierten Außenpolitik nur früher erfahren. Wenn man indes Machterhalt und Einflussmaximierung als Werte definiert, dann ist alle und jede Außenpolitik wertebasiert. Zu den Lebenslügen und Propagandamärchen der deutschen und nicht-deutschen Transatlantiker gehört die Behauptung, nicht mehr in Kategorien von Einflusszonen zu denken.

*Drittens* fanden und finden vergleichbare Absetz- und Emanzipationsbewegungen gegenüber den einstigen Vormächten Sowjetunion/USA statt. Der Schnitt und Fall war im Falle der einstigen sozialen Träger der DDR tiefer, schmerzhafter, vollzog sich rascher und erwies sich als irreversibel; im Falle der Berliner Republik zieht sich die unumgängliche Abnabelung von den USA länger hin. Man kann nicht sich von den USA emanzipieren wollen und zugleich von der „Pax Americana“ abhängen und sie stützen wollen.

*Viertens*. Es liegt im deutschen Interesse, die Beziehungen zu Russland zu verbessern und das Störfeuer osteuropäischer Nationalisten und aus den USA auszuhalten und abzuweisen. Mögliche Störpotentiale finanzieller oder politischer Art von Transitländern zwischen der jeweiligen deutschen und sowjetischen bzw. deutschen und russischen Seite werden umgangen. Dafür stehen die Fährverbindung von Mukran nach Klaipėda und die Gaspipeline Nord Stream. Zwar liegt in der Einheit der EU die Chance, dass bestimmte EU- wie deutsche Interessen global zu Buche schlagen. Doch die EU ist vielfach zu heterogen, um zu einer

einheitlichen Position zu finden. Da man die neuen EU-Staaten nicht ausschließen kann, wird es wohl zu einer EU der zwei Geschwindigkeiten und unterschiedlicher Niveaus an Integration kommen.

*Fünftens.* Lassen sich ähnliche Herausforderungen (jeweils mit systemrelevanten Komponenten der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur zu brechen) und vergleichbare Reaktionen erkennen, die sich als Unfähigkeit oder als erhebliche Schwierigkeit beschreiben lassen, produktive Auswege aus Dilemmata zu finden. Zu den Dilemmata der Berliner Republik gehören:

- die Abhängigkeit der Wirtschaftsleistung vom Export, wobei die Bilanzüberschüsse der einen Defizite der anderen sind;
- die enorme Bedeutung der Automobilwirtschaft, die gegenwärtig aber nicht (mehr oder noch nicht?) zukunftsfähig aufgestellt ist und einer Transformation unterliegt;
- die Wachstumsorientierung, die schwer Einstiege in eine Postwachstums-Transformation ermöglicht.

## Literatur

Adler, Frank (2018): Einstiege in eine demokratische Postwachstums-Transformation. Strukturreformen für einen wachstumsunabhängigen Wohlstand, in: FORSCHUNGSJOURNAL SOZIALE BEWEGUNGEN, 31. Jg., Heft 4/2018, S. 61-70.

Bender, Peter (1996): Episode oder Epoche. Zur Geschichte des geteilten Deutschlands, dtv, München.

Bender, Peter (2003): Weltmacht Amerika. Das neue Rom, Klett Cotta, Stuttgart.

Brzeziński, Zbigniew (2015 [1997]): Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Kopp Verlag, Rottenburg.

Dietrich, Gerd (2018): Kulturgeschichte der DDR. 3 Bde., Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen.

Drewes, Detlef (2018): Europa nabelt sich vom Dollar ab. Die EU-Kommission will den Handel mit Energie, Rohstoffen und Flugzeugen schrittweise auf die Gemeinschaftswährung umstellen, in: Berliner Zeitung, 06.12.2018.

Fras, Damir (2019): Gestörte Verbindung. Im EU-Streit um Nord Stream 2 wendet die Bundesregierung einen schweren Konflikt mit Frankreich ab, in: Berliner Zeitung, 09./10.02.2019.

Fras, Damir (2019a): Er kaltete Liebe. Laut einer Studie des PEW-Instituts sehen fast drei Viertel der Deutschen die transatlantischen Beziehungen als schlecht an, in: Berliner Zeitung, 05.03.2019.

Gastew, Alexander (1919 [1971]): Vosstanie kul'tury (Aufstand der Kultur), in: derselbe Poesija rabočego udara (Poesie des Arbeitsschlages), [Nachdruck], Khudozhestvennaia literatura, Moskau.

Grätz, Jonas (2013): Russland als globaler Wirtschaftsakteur. Handlungsressourcen und Strategien, Oldenbourg, München.

Gysi, Gregor (2008): Die Haltung der deutschen Linken zum Staat Israel. Vortrag von Dr. Gregor Gysi auf einer Veranstaltung „60 Jahre Israel“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 14. April 2008. [www.rosalux.de/documentation/id./13818/israel-palaestina-und-die-deutsche-linke](http://www.rosalux.de/documentation/id./13818/israel-palaestina-und-die-deutsche-linke) (abgerufen 24.08.2018).

- Hacks, Peter (1978): Die Maßgaben der Kunst. Gesammelte Aufsätze, Henschel, Berlin.
- Hacks, Peter (2018): Marxistische Hinsichten. Politische Schriften 1955-2003. Herausgegeben von Heinz Hamm i.A. der Peter-Hacks-Gesellschaft, Eulenspiegel, Berlin.
- Haller, Gret (2002): Die Grenzen der Solidarität. Europa und die USA im Umgang mit Staat, Nation und Religion, Aufbau, Berlin.
- Harich, Wolfgang (1975): Kommunismus ohne Wachstum? Babeuf und der 'Club of Rome'. Gespräche über Ökologie, Rowohlt, Reinbek bei Hamburg.
- Hedeler, Wladislaw (2018): Der Gulag als Romanthema, in: Berliner Debatte Initial, Heft 4/2018, S. 126-130.
- Hein, Christoph (2019): Gegenlauschangriff. Anekdoten aus dem letzten deutsch-deutschen Kriege, Suhrkamp, Berlin.
- Herrnstadt, Rudolf (1949): Über „die Russen“ und über uns, in: Wolfgang Steinitz (Hrsg.): Über „die Russen“ und über uns. Diskussion über ein brennendes Thema, Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion, Berlin, S. 3-12.
- Kaiser, Kerstin (2019): Baustelle Russland-Politik. Kerstin Kaiser plädiert für eine Verständigung mit Moskau. Eine Antwort auf Stefan Liebich, in: Neues Deutschland, 23.01.2019.
- Kalbe, Uwe (2019): Trump mit Tauschbörse foppen. EU-Länder gründen Zweckgesellschaft für den Handel mit Iran, um US-Sanktionen zu entgehen, in: Neues Deutschland, 01.02.2019.
- Kaufmann, Stephan (2019): Ein Anfall von Schwäche. Mit ihrem Handelskrieg unterminieren die USA die Basis des deutschen Modells, in: Neues Deutschland, 23./24.02.2019.
- Kaufmann, Stephan (2019a): Ein besonderes Geschäftsmittel. Warum ausgerechnet das Auto? Fünf Anmerkungen zu den Eigenheiten einer globalen „Schlüsselindustrie“. In: Oxi, Heft 3/2019, S. 3-5.
- Koch, Frank Thomas (2015): Über die sozialen Träger von Staat und Gesellschaft in der Endphase der DDR (1989-1990), in: Kulturation. Online Journal für Kultur, Wissenschaft und Politik, Text 82. [www.kulturation.de](http://www.kulturation.de) (abgerufen 10.03.2019).
- Kormbaki, Maria/ Niesmann, Andreas (2019): EU torpediert Pipeline Nord Stream 2. Nachdem Frankreich ins Lager der Gegner gewechselt ist, droht Deutschland Abstimmungsniederlage, in: Berliner Zeitung, 08.02.2019.
- Krone-Schmalz, Gabriele (2017): Eiszeit. Wie Russland dämonisiert wird und warum das so gefährlich ist, C.H. Beck, München.
- Krull, Stephan (2019): Ambivalente Beziehung. Anmerkungen zur gewerkschaftlichen Arbeit in der Autoindustrie, in: Oxi, Heft 3/2019, S. 9.
- Kurella, Alfred (1975): Wofür haben wir gekämpft? Beiträge zur Kultur und Zeitgeschichte, Aufbau, Berlin/Weimar.
- Lambeck, Florian (2015): DDR-Forschung durch die Hintertür, in: Neues Deutschland. 19.02.2015.
- Land, Rainer/ Possekkel, Ralf (1998): Fremde Welten. Die gegensätzliche Deutung der DDR durch SED-Reformer und Bürgerbewegung in den 80er Jahren, Ch. Links, Berlin

Leggewie, Claus (2004): Renaissance des Antiamerikanismus? Zur Unterscheidung von Amerikakritik und Antiamerikanismus am Beginn des 21. Jahrhunderts. In: Amerika und Europa, Mars und Venus? Das Bild Amerikas in Europa. Herausgegeben von Rudolf von Thadden und Alexandre Escudier, Wallstein, Göttingen, S. 105-115.

Lenin, Wladimir I. (1920): Entwürfe zum Artikel „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht“ in: 5. Russische Ausgabe der Werke Lenins, Bd. 36, S. 550.

Liebich, Stefan (2019): Nicht mit zweierlei Maß messen. Stefan Liebich über deutsche Verantwortung gegenüber Russland und den Moskau-Streit innerhalb der Linken, in: Neues Deutschland, 10.01.2019.

Lochthofen, Sergej (2012): Schwarzes Eis. Der Lebensroman meines Vaters, Rowohlt, Reinbek bei Hamburg.

Manow, Philip (2018): Die politische Ökonomie des Populismus, Suhrkamp, Berlin.

Mauß, Hanns W. (2001): Außenpolitische Kultur. In: Karl-Rudolf Korte; Werner Weidenfeld (Hrsg.): Deutschland-Trendbuch. Fakten und Orientierungen, Leske + Budrich, Opladen, S. 645-672.

Mausfeld, Rainer (2018): Warum schweigen die Lämmer? Wie Elitendemokratie und Neoliberalismus unsere Gesellschaft und unsere Lebensgrundlagen zerstören, Westend Verlag, Frankfurt am Main.

Mukran Port. Historie unter <https://www.mukran-port.de/historie.html> (abgerufen 20.02.2019).

Müller, André Müller sen. (2008): Gespräche mit Hacks. 1963-2003, Eulenspiegel, Berlin.

Nach 30 Jahren: Wir brauchen einen neuen gesamtdeutschen Dialog! Sozialdemokratische Positionen zur Aufarbeitung (18.01.2019) unter SPD Papier Ost 2019 (3).

Politt, Holger/ Pilawski, Krzysztof (2018): 100 Jahre polnische Republik. Ein Jubiläum in den kontroversen Debatten Polens, in: Neues Deutschland, 06.12.2018.

Rahr, Alexander (2018): Normalität in weiter Ferne. Die Beziehungen zwischen Russland und den EU-Staaten haben sich stetig verschlechtert. Die Ursache des Konflikts ist für Alexander Rahr einfach zu erklären: Der Westen nimmt Moskau nicht ernst, in: Neues Deutschland, 11.10.2018.

Revolutions-GmbH (2005), in: Der Spiegel 46/2005 (14.11.2005). [www.spiegel.de/spiegel/print/d-43103188.html](http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-43103188.html) (abgerufen 01.03.2019).

Schachner, Lisa/ Woidelko, Gabriele (2017): Russland in Europa: Kalter Krieg in den Köpfen? Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage in Deutschland, Russland und Polen im Auftrag der Körber-Stiftung. <https://www.koerber-stiftung.de/themen/russland-in-europa/beitraege-2017/umfrage-russland-in-europa-2017> (abgerufen 15.01.2019).

Schievelbusch, Wolfgang (2001): Die Kultur der Niederlage. Der amerikanischen Süden 1865. Frankreich 1871, Deutschland 1918, Alexander Fest Verlag, Berlin.

Scholl, Stefan (2019): „Wir sind nicht von Europa zu trennen“. Russlands Ministerpräsident Dimitri Medwedew spricht über atomare Risiken, den Nutzen von Nordstream 2, kulturelle Wurzeln und die Rolle der Medien, in: Berliner Zeitung 7./8. März 2019.

Scholz, Christiane/ Spengler, Thorsten (2016): Russland in Europa: Annäherung oder Abschottung? Eine repräsentative Befragung von TNS Infratest Politikforschung im Auftrag der Körber-Stiftung (März 2016). <https://www.koerber-stiftung.de/themen/russland-in-europa/> (abgerufen 01.03.2019).



- Schröder, Bernd (2019): Energiewende im Ostseeraum. Russland setzt in Kaliningrad künftig auf Flüssiggas, die baltischen Staaten bauen auf die USA und die EU, in: Neues Deutschland, 10.01.2019.
- Schütt, Hans-Dieter (1996): Gerhard Gundermann: Rockpoet und Baggerfahrer. Gespräche mit Hans-Dieter Schütt, Schwarzkopf & Schwarzkopf, Berlin.
- Schweisfurth, Theodor (2004): Reparationen an Polen? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.09.2004.
- Seidelmann, Reimund (1993): Außenpolitik. In: Lexikon der Politik. Hrsg. v. Dieter Nohlen. Bd. 6. Internationale Beziehungen. Hrsg. von Andreas Boeckh, C.H. Beck, München, S. 42- 46.
- Simon, Paul (2018): Die neue Weltunordnung. Europäische Eliten diskutieren über die Souveränität der EU in rauerer Zeiten, in: Neues Deutschland, 01./02.09.2018.
- Spang, Thomas (2017): Trumps Rückkehr in den Kalten Krieg. Auch in seiner Nationalen Sicherheitsstrategie setzt der US-Präsident auf „America First“, in: Berliner Zeitung, 20.12.2017.
- Techau, Jan; Mangasarian, Leon (2017): Führungsmacht Deutschland. Strategie ohne Angst und Anmaßung, dtv, Berlin.
- Techau, Jan (2017): Diplomatie braucht auch Muskeln. Warum wir trotz allem dafür sorgen müssen, dass die USA nicht ihr Interesse an Europa verlieren, in: Berliner Zeitung, 22.12.2017.
- Weber, Roland (2018): Peter Hacks. Leben und Werk, Eulenspiegel, Berlin.
- Weidenfeld, Werner (1990): Der deutsche Weg, Siedler, Berlin.
- Widmann, Arno (2018): Cassandra Fischer. Der Ex-Außenminister wirft einen dunklen Blick auf die Zukunft des Westens im globalen Wettbewerb, in: Berliner Zeitung, 06.03.2018.
- Wikipedia Antiamerikanismus unter <https://de.wikipedia.org/wiki/Antiamerikanismus> (abgerufen am 10.01.2019).
- Wikipedia Nord Stream unter [https://de.wikipedia.org/wiki/Nord\\_Stream](https://de.wikipedia.org/wiki/Nord_Stream) (abgerufen 24.02.2019).
- Wikipedia Russisch-Ukrainischer Gasstreit unter [https://de.wikipedia.org/wiki/Russisch-ukrainischer\\_Gasstreit](https://de.wikipedia.org/wiki/Russisch-ukrainischer_Gasstreit) (abgerufen am 20.02.2019).
- Wikipedia South Stream unter [https://de.wikipedia.org/wiki/South\\_Stream](https://de.wikipedia.org/wiki/South_Stream) (abgerufen am 01.03.2019).
- Woyke, Wichard (1993): North Atlantic Treaty Organization – NATO. In: Lexikon der Politik. Hrsg. v. Dieter Nohlen. Bd. 6. Internationale Beziehungen. Hrsg. von Andreas Boeckh, C.H. Beck, München, S. 341-348.

**Autor:**

**Dr. sc. phil. Fränk Thomas Koch, Geboren 1947 in Berlin. Kulturwissenschaftler, Brandenburg-Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien (BISS e.V.), Arbeits- und Publikationsfelder sind DDR-, Ostdeutschland-, Vereinigungs- und Transformationsforschung.**

